

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 36

Gründet Sonntag.
Zugabepreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbezug.
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 5. September 1926

Verlagshaus, Berlin O. 2, Neuer Markt 15-12 IV
Telefon: 5529.
Anzeigen werden nicht angenommen.

42. Jahrgang

Schnelle Hilfe für die englischen Bergarbeiter ist notwendig!

(GBB.) Die britische Gewerkschaftszentrale veröffentlicht zusammen mit der Britischen Bergarbeiterföderation folgenden Aufruf:

„Seit 16 Wochen sind die Bergarbeiter ausgesperrt. In einem Entscheidungskampf um die Aufrechterhaltung ihres Lebensstandards und ihrer Arbeitsbedingungen erduldeten sie Hunger und Entbehrung. Jeder weitere Tag bedeutet für die Bergbaugebiete neues Elend und neue Leiden. Bitterer Hunger hat in den Häusern der Bergarbeiter Einzug gehalten. Unter stillschweigender Duldung der Regierung setzen die Organe der Armenunterstützung zum Nachteil der Frauen und Kinder die Zulage und die Verpflegungsrationen in den Schulen herab. Um die Bergleute ins Joch zu zwingen, ist die Regierung nicht davor zurückgeschreckt, der großherzigen Hilfeleistung des Publikums an die Hilfskassen entgegen zu arbeiten, die bis jetzt einen Teil der schlimmsten Folgen der Tragödie in den Bergbau-gebieten zu mildern versuchten.“

Die Bergleute und ihre Angehörigen sind zurzeit viel hilfsbedürftiger als in der ersten Zeit der Aussperrung. Da die Verhandlungen zur Herbeiführung einer Lösung des Konflikts gescheitert sind, sind Beiträge zum Hilfsfonds nötiger als je. Die Zwangslage der Bergleute erhöht die Verdoppelung der Hilfeleistung. Wenn nicht mehr als bisher beigesteuert wird, dann sind die Opfer der Bergleute, ihrer Frauen und Kinder im langen Kampfe gegen die Herabsetzung des Lebensstandards vergebens gewesen. Es würde bedeuten, daß die Bergleute gerade im Augenblick, wo sie im Kampfe gegen eine aufgezwungene Lösung auf Grund der Bedingungen der Bergherren Stürzung nötig haben, geschwächt werden. Schon jetzt ist es klar, daß die Unternehmer entschlossen sind, nichts zu einer gerechten Schlichtung beizutragen. Sie lehnen ein nationales Übereinkommen ab und beharren starrköpfig auf brutalen Lohnreduktionen und achttündiger Arbeitszeit. Ihre unnochgiebige Haltung kann nur auf ihre Vermutung zurückgeführt werden, daß die Fortsetzung der Aussperrung, verbunden mit weiteren Entbehrungen und Qualen, die Widerstandskraft der Bergleute schwächen und sie zur Kapitulation zwingen werde. Wenn nun die Bergleute den Konflikt auf Grund der von den Bergherren angebotenen Bedingungen abschließen müssen, sind alle Leiden und Opfer der vergangenen sechzehn Wochen vergebens gewesen und es ist der Anlaß gegeben zu weiteren Angriffen auf die Lebenslage der Arbeiter im allgemeinen.

Wir fordern deshalb alle organisierten Arbeiter aller Industrien und das Publikum im allgemeinen ernstlich auf, die Hilfeleistung nicht verringern, sondern den Bergleuten in diesem kritischen Moment erhöhten Beistand leisten zu wollen. Es ist schnelle Hilfe nötig, damit die Arbeiter erfolgreich aus dem Kampf hervorgehen. Nicht der Hunger darf den Ausgang des Kampfes bestimmen! Auf Grund der Freigebigkeit aller Arbeiter und recht denkenden, sympathisierenden Unterstützer im eigenen Lande und im Auslande ist bis jetzt ein zäher Kampf gegen den Hunger aufrechterhalten worden. Der Kampf hat nun ein Stadium erreicht, wo jeder, wie der Amerikanische Gewerkschaftsbund sagt, „geben muß, bis es fruchtet“, um die Bergleute vor einer Hungerniederlage zu bewahren.

Wir bringen diesen Aufruf zur Kenntnis der internationalen Arbeiterschaft und bitten, die eingeleitete internationale Hilfsaktion mit allen Kräften fortzusetzen. Vor allem ist es wichtig, daß die Hilfe recht bald erfolgt und so schnell wie möglich größere Beträge nach England überwiesen werden können.

Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik.

Am 21. August 1901, vor nunmehr 25 Jahren, wurde die gewerkschaftliche Internationale gegründet, ein Zeichen für die gewaltige Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder. Damals hatten die freien Gewerkschaften in Deutschland einen Mitgliederbestand von nicht ganz 700 000 aufzuweisen bei einer Gesamtbevölkerung von etwas über 56 Millionen. Jetzt, 25 Jahre später, ist ihr Mitgliederbestand auf fast 4½ Millionen gestiegen, während die Gesamtbevölkerung nur unbedeutend (auf 62,5 Millionen) zugenommen hat. Hinzukommen jetzt noch die mit dem ADGB karteiliierten Verbände des AFU-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Ihre Mitgliedsziffern stehen hinter denen des ADGB naturgemäß zurück, beweisen aber, daß der Gewerkschaftsgedanke in neue Kreise eingedrungen ist, die ihm bisher gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstanden. Auch die übrigen Gewerkschaftsrichtungen, wenngleich an Bedeutung weit hinter den freien Gewerkschaften zurückstehend, können auf eine erfreuliche Entwicklung zurückblicken.

Dieses gewaltige Wachstum mußte den Kreisen, die bislang sich den maßgebenden Einfluß auf Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsführung gesichert hatten (Landwirtschaft, Industrie, Handel,

Banken, Handwerk usw.) zeigen, daß ihnen in dem geschlossenen Block der Arbeiterschaft ein neuer Konkurrent erstand, der sich seiner Macht wohl bewußt war. Als daher der Kaiserstaat mit seinen Polizeistatunen und dem persönlichen Regime zusammengebrochen war, als man nunmehr daran ging, die Fundamente für einen Volksstaat zu errichten, machte auch die Arbeiterschaft erfolgreich ihren Anspruch geltend, die Wirtschaftspolitik maßgebend zu beeinflussen. Nach außen hin trat diese Wandlung eindrucksvoll hervor im neuerrichteten Reichswirtschaftsrat, dessen Vorsitzende nach dem Gesetz in halbjährigem Wechsel ein Arbeitnehmer und ein Arbeitgebervertreter sind. Auch in anderen Wirtschaftsförperschaften besitzt die Arbeiterschaft ihre gesetzmäßig festgelegten Vertretungen: so in den Beiräten für die deutsche Reichsbahn, die Reichspost, die Wasserstraßenverwaltung, die Kohlen-, Kalis-, Elektrizitätswirtschaft. Im Kalisyndikat und im Reichskohlenverband stellt die Arbeiterschaft je einen Direktor. Ähnliches gilt für die Länder. In den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen wurde ein Generalsachverständiger aus Gewerkschaftskreisen hinzugezogen und es galt als selbstverständlich, daß auf der Weltwirtschaftskonferenz Deutschland durch ein Mitglied des ADGB, neben einem Regierungsbeamten und einem Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie vertreten wurde. Die natürliche Folge war, daß nunmehr auch die Arbeitervertreter zu allen Ministerien freien Zugang hatten, und daß von den Ministerien Wert darauf gelegt wurde, die Ansichten der Gewerkschaften über alle schwebenden Fragen zu erfassen. Das bedeutet eine tiefe und oft nicht genug gewürdigte Wandlung gegenüber der verächtlichen Behandlung, der die Gewerkschaften vor dem Kriege ausgesetzt waren.

Dank dieser veränderten Stellung konnten die Gewerkschaften in erheblichem Maße zur Erleichterung der Lebensbedingungen der von ihnen vertretenen Volksmassen beitragen. In den langen und zähen Verhandlungen über den Zolltarif verhinderten sie den Minimalzoll aus Getreide, drückten die Zollsätze, erreichten zollfreie Einfuhr für größere Mengen Gefrierfleisch, setzten mildere Zwischen тариerte durch und waren die Wortkämpfer für ausgedehnte Handelsverträge mit anderen Staaten. In der Steuerpolitik erreichten sie Herabsetzung der Umsatzsteuer, Erhöhung des steuerfreien Anteils am Lohne und Vergünstigungen für kinderreiche Familien. In der Aufwertungsfrage nahmen sie sich der minderbemittelten Volksschichten an. Sie bekämpften den Milchwucher, traten gegen die Kartelle auf, sobald diese ihre Machtstellung mißbräuchlich ausnützten, und verhalfen beispielsweise den Genossenschaften zu einer unabhängigen Stellung gegenüber dem Kohlensyndikat: sie können jetzt zu billigeren Preisen verkaufen als die anderen Kleinhändler, denen das Kohlensyndikat feste

Preise vorschreibt. Sie verhinderten die ungerechtfertigte Erhöhung der Kalipreise, sie stützten die Reichsregierung, wenn diese sich durch Eiferfuchtleien der Länder gehemmt sah.

Aber alle diese Erfolge stellen nur einen Anfang dar. Unendlich viel bleibt noch zu tun, stets neue Aufgaben sind zu lösen, neue Schwierigkeiten zu überwinden. Auch entspricht die Stellung und das Ansehen der Gewerkschaften noch lange nicht ihren berechtigten Wünschen und der Zahl derer, für die sie kämpfen. Denn das Gebiet der Gewerkschaften umfaßt die gesamte Kopf- und Handarbeiterschaft, umfaßt somit den überwiegenden Teil der gesamten Bevölkerung. Soll nun die Macht der Gewerkschaften gestärkt werden, müssen sich auch diejenigen offen zu den Gewerkschaften bekennen, die zwar aus ihnen Nutzen ziehen, im übrigen aber interesselos beiseite stehen. An alle, die noch nicht zu uns gehören, geht deshalb der Ruf:

Organisiert euch!

Entscheidungen zu unseren Reichsstarifverträgen.

Reichsstarif für die Zigarettenindustrie.

Am 28. Juni hatte der Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie den am Reichsmanteltarif beteiligten Gewerkschaften einen Abänderungsvorschlag zum § 5 des Vertrages zugehen lassen. Der § 5 betrifft die Ferien, die nach dem Vorschlag der Unternehmer eine wesentliche Kürzung erfahren sollten. Zurzeit heißt es im Vertrag:

„Wer am 1. 10. des vergangenen Kalenderjahres im Arbeitsverhältnis deselben Betriebes stand, erhält sechs Tage Ferien.“

Die Ferien erhöhen sich mit jedem weiteren Beschäftigungsjahr um drei Tage bis zur Höchstdauer von 15 Werttagen.

Nach dem Vorschlag der Unternehmer sollten die Ferien mit drei Tagen beginnen und in der Höchstdauer sollten sie acht Tage sein. Diefem Antrage stellten die Gewerkschaften einen anderen gegenüber, nachdem wie bisher mit sechs Tagen begonnen wurde, der aber in der Höchstdauer 18 Werttage vorsch. Außerdem forderten die Gewerkschaften eine Abänderung des § 6 (Sozialleistungen) zugunsten der Arbeiterschaft.

Zur Beratung und Beschlussfassung dieser Anträge hatte der Unternehmerverband für den 27. August die Parteien nach Dresden eingeladen. Die Unternehmervertreter begründeten ihr Verlangen in der seit Monaten bei allen Tarifverhandlungen üblichen Art. Die „große Kollage der Industrie“ dränge zu einem solchen Abbau. Der bisherige Zustand sei für die Dauer untragbar usw. Demgegenüber erklärten die Vertreter der Gewerkschaften, daß von einer Kürzung der Ferien gar keine Rede sein könne, sondern daß man im Gegenteil eine Erweiterung der Ferienbestimmung für notwendig halte. Da beide Parteien erklärten, ihren Standpunkt aufrecht erhalten zu müssen, konnte eine Verständigung über die Ferienregelung nicht herbeigeführt werden. Die Unternehmer erklärten dann weiter, daß sie noch einmal Rücksprache nehmen möchten mit ihren Ortsgruppen, daß sie aber nunmehr doch den ganzen Manteltarif kündigen müßten. Diese Kündigung ist mittlerweile schriftlich allen Vertragskontrahenten zugegangen. In der ersten Hälfte des September sollen weitere Verhandlungen stattfinden.

Der Stand

der gegenwärtigen Wirtschaftskrise.

Das Institut für Konjunkturforschung, das vor einigen Monaten von der Reichsregierung unter Mithilfe der wissenschaftlichen Körperschaften, darunter auch der Gewerkschaften, geschaffen wurde, legt seine Untersuchungen über den Stand der Konjunktur fort. Das soeben erschienene „Wierteljahrshesft für Konjunkturforschung“, das bis Mitte August reicht, enthält wertvolles Material darüber. Die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft wird vom Institut folgendermaßen beurteilt:

Die Wirtschaftskrise, die sich in den Monaten Oktober bis Januar abspielte, ist im Februar in eine Phase der Depression (Abspernung) ausgelassen. Die Depression hat im Mai ihren Tiefpunkt erreicht. Daß wir uns jetzt (Mitte August) im zweiten Abschnitt der Depression befinden, wird durch die verschiedenen Konjunkturbarometer mit aller Deutlichkeit registriert; ob wir unmittelbar vor einer Phase des Aufschwunges stehen, läßt sich keineswegs sagen.

An sich sind auf jedem der drei Märkte Anzeichen der Besserung zu beobachten. Der Geldmarkt ist zwar noch stark flüssig, aber wohl mehr infolge zufließender Auslandskapitalien, als infolge Daniederliegens der Unternehmertätigkeit, die sich vielmehr etwas gehoben hat. Der Effektenmarkt befindet sich seit Monaten in voller Hausse (Steigen). Diese Aufwärtsbewegung gehört zu den Wertmalen der Depression. Die Betrachtung der Mengenbewegung (des Güterkreislaufs) für sich kündigt ebenfalls einen Aufschwung an, denn sowohl die Einfuhr von Rohstoffen und Halbjabritaten als auch die Produktion wichtiger Grundstoffe hat zugenommen. Die Arbeitslosigkeit ist freilich noch kaum zurückgegangen. Zur vollen Beurteilung der Konjunkturlage ist es erforderlich, sie sowohl in einen größeren zeitlichen wie in einen größeren räumlichen Rahmen zu stellen.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist nur zu einem Teil aus den Zeitumständen zu erklären. Ja, es ist nicht einmal anzunehmen, daß sie bei dem jetzigen Stande der Rationalisierung unter das Mitte 1925 erreichte Maß von 0,5 Millionen zurückgehen würde, selbst im Falle eines starken Konjunkturaufschwunges, sofern sich nicht ein neuer Arbeitsbedarf entwickeln sollte (Ausfuhrsteigerung und Erhöhung des inländischen Absatzes über den Stand von 1925 hinaus). Daß auf dem Gebiete der Produktionsleistung eher weitere Fortschritte zu erwarten sind, ergibt sich schon aus der weltwirtschaftlichen Situation, die den größeren räumlichen Rahmen für die Beurteilung der deutschen Konjunktur abgibt. Diese Beurteilung ist in die weltwirtschaftliche Lage wie folgt eingebettet: Die gegenwärtige Depression, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, ist auch sonst, wenn man von den Inflationsländern abieht, in Europa zu beobachten. Sie steht in scharfem Gegensatz zur Wirtschaftslage der überseeischen Gebiete, namentlich Nordamerikas, und erscheint daher als die Folge eines weltwirtschaftlichen, Europa zu scharfen Umstellungen zwingenden Wachstumsprozesses, dessen Dauer sich wohl nach Jahren und Jahrzehnten bemißt.

Interessant sind die Ergebnisse, zu denen das Institut bei der Untersuchung über das Problem der Arbeitslosigkeit kommt. Auf Grund der Untersuchungen kommt das Institut nämlich zu der Feststellung, daß die Zahl der Erwerbstätigen Mitte 1925 auf 31,5 Millionen zu veranschlagen war gegen 27,9 Millionen 1913 im jetzigen Reichsgebiet. Der Zusatz von Erwerbstätigen hätte also im vorigen Jahre 3,7 Millionen betragen. Die Rationalisierung der Produktion hat weiter zu einer höheren Ergiebigkeit der Arbeit geführt. Hieraus ist nicht zuletzt der jetzige Umfang der Arbeitslosigkeit zu erklären. Besserert kann die Lage des Arbeitsmarktes nach Meinung des Instituts nur werden durch eine Erweiterung des Absatzes im Inland oder durch Ausfuhrsteigerung. Es ist dies dasselbe, was bereits früher an dieser Stelle ausgeführt wurde. Eine Erweiterung des Inlandsabzages kann aber nur erreicht werden, wenn die Kaufkraft der breiten Masse gehoben wird. Ein anderes Mittel, wie eine fühlbare Senkung der Preise oder eine allgemeine Erhöhung der Löhne dürfte es nicht geben.

Opferbereite Mitarbeit.

Auf der großen Ausstellung in Düsseldorf, der Gesofel, stehen zahlreiche große und prächtige Ausstellungsgebäude. Aber kein Haus kann einen solchen Eindruck machen, wie das Haus des ADB. Wie „ein Gebicht aus Glas und Stein“, schlicht und einfach, die Grundmauer nur bis zur halben Manneshöhe in Ziegeln aufgeführt, steht das Gebäude da. Und dann kommen große Glasfenster mit den kleinen rechteckigen Scheiben. Sie gewähren einen Durchblick

durch das ganze Haus, dahinter eine kleine Terrasse, und dann sieht man direkt auf den Rhein mit seinen Wellen, Dampfern und Rähnen.

So klar und durchsichtig wie dieser Bau steht auch der ADB. da in aller Deffentlichkeit. Zahlreiche Gewerkschaften haben dazu beigetragen, das Innere zu füllen und zu schmücken, um der Welt das zu zeigen, was die organisierte Arbeitermacht leisten kann. Es wäre müßig, auf alle Einzelheiten einzugehen. Was aber dem aufmerksamen Besucher nicht entgehen kann, ist eine einfache Tabelle. Sie zeigt die Arbeit, die in den zahlreichen Verbänden des Bundes geleistet wird, und zwar getrennt in hauptamtliche, nebenamtliche und — ehrenamtliche Tätigkeit! Wie die Tabelle zeigt, werden nur etwa 10 Proz. der Verwaltungsarbeiten hauptamtlich, rund 2 Proz. nebenamtlich und fast 88 Proz. ehrenamtlich geleistet! 88 Proz. aller Arbeit ehrenamtlich, d. h. umsonst, nur mit Opfern verknüpft, neben der täglichen Fronarbeit im Betriebe. Wir Kenner wissen es, daß gerade diese unaufhörliche, opferbereite Mitarbeit der unzähligen Funktionäre im Betriebe, in der Werkstatt usw. die Bundesorganisation so stark und machtvoll gestaltet hat, wie sie heute in der Deffentlichkeit da steht. Diese 88 Proz. zeigen aber auch unseren Gegnern, daß sie lügen, wenn sie behaupten, die Gewerkschaften seien ohne Ideale, daher zum Absterben verurteilt! Nein, so klar und durchsichtig unser Bau auf der Ausstellung steht, so klar sehen wir aus den wenigen Zahlen, daß unsere Bewegung gesund ist, daß unsere Gegner sie mit Recht fürchten müssen! Sorgen wir, daß es so bleibt!

Der „faule“ Arbeiter.

In geradezu unerhörter Weise nehmen in letzter Zeit die Zeitungen der Unternehmer Stellung zu den großen Arbeitslosenproblemen. Fast durchweg wird der Arbeiter als der Mann hingestellt, der keine Lust mehr zu arbeiten hat, der eine angebotene Arbeit ablehnt, um sich durch die Erwerbslosenfürsorge unterstützen zu lassen. Diese Schreiberleuten müssen schamrot werden, wenn sie sich nur einmal die Mühe geben wollten, dem Glend nachzuforschen, das allein durch die Arbeitslosigkeit entstanden ist. Immer und immer wieder werden Vorschläge gemacht, um eine Umsiedlung der erwerbslosen Arbeiter vorzunehmen. Als ob mit Vorschlägen allein der Allgemeinheit gedient wäre. Sobald man aber die Anregungen durchprüft, findet man, daß sie ohne erhebliche Geldmittel nicht durchgeführt werden können. Wo dieses aber zu holen ist, — das wird leider von all den „Gutmeyenden“ nicht gesagt.

Wir haben nicht die Absicht, nun auch in allgemeine Erörterungen einzutreten. Mit diesen Zeilen wollen wir nur ganz energisch Vermahnung einlegen gegen die unwahre und verlogene Art, wie das Arbeitslosenproblem von den Unternehmerblättern angefaßt und dargestellt wird. Ganz ohne Zweifel ist jeder ehrliche Arbeiter bestrebt, sobald wie nur irgend möglich wieder in Arbeit und Brot zu kommen.

In einmündreicher Weise bestätigt das in einem seiner letzten Berichte das „Landesarbeitsamt der Rheinprovinz“. Es wird von dort berichtet, daß in den letzten Jahren allein im Bergbau 175 000 Arbeiter abgelegt, d. h. entlassen worden seien. Trotzdem werden zurzeit nur etwa 40—45 000 erwerbslose Bergarbeiter gezählt. Wo sind die restlichen 130 000 geblieben? Sie sind verlegt ober in andere Berufe hinüber gewechselt. Diese 130 000 allein zerstören schon das phrasenhafteste Lügengewebe, daß der Arbeiter heute zu faul sei, gebotene Arbeit anzunehmen.

Freiheit ist nicht Genuß, sondern Arbeit, unausgesetzte Arbeit an den großen Kulturaufgaben des modernen Staates.

Der Mensch muß der Leidenschaft zugleich fähig und mächtig sein. Die Ueberströmungen des Willens gleichen denen der Flüsse, die alle Brunnen eine Zeilang verunreinigen. Nehmt ihr aber die Flüsse weg, so sind auch die Brunnen fort.

Sean Paul.

Wer schafft die gesicherte Arbeitsbedingungen?

Der kollektive Arbeitsvertrag ist im letzten Jahrzehnt zu einem sichtbaren Beweis gewerkschaftlicher Macht geworden. Der Tarifvertragsgedanke setzte sich selbst in Gegenden und Berufen durch, in denen man vormals so etwas nicht kannte. Millionen arbeiten heute unter dem Schutze der von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge, für Millionen ist damit eine feste Lebensbasis geschaffen im Gegensatz zu den überaus unsicheren und schwankenden Arbeitsbedingungen von ehemals, da noch die Ansichten des alten Krupp allgemeine Geltung hatten, denen er einmal mit folgenden Worten Ausdruck gab: „Zwischen mich und meine Arbeiter soll sich nie ein Blatt Papier in Gestalt eines Tarifvertrages drängen.“ Wie so vieles andere im Strome der Zeit zu einer historischen Schrulle wurde, so auch die Ansichten der Krupp, Kirdorf und Genossen. Das Rad der Zeit ging über sie hinweg. Und heute gefallen sie sich nur noch in der Rolle, über die Zwangswirtschaft im Arbeitsverhältnis zu zetern, womit sie die Tarifverträge und das Schlichtungswesen meinen. Womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß sie sich nicht in ständiger Kampfbereitschaft befinden.

Die Fortentwicklung des Tarifvertragsgedankens zeigt am besten die Tatsache, daß zu Beginn des Vorjahres — dem Zeitpunkt, der die letzten genaueren Nachweisungen liefert — die Arbeitsbedingungen für 11 904 159 Personen tariflich geregelt waren. Wenn die Zahl der unter tariflich geregelten Arbeitsbedingungen Tätigen nicht ganz unerheblich zurückgegangen ist (von 14,3 Mill. im Jahre zuvor), dann hat das seine Ursache in der Verschlechterung der Wirtschaftslage, aber auch — und nicht zuletzt — in einem Nachlassen der gewerkschaftlichen Aktivität, d. h. in der Gleichgültigkeit eines großen Teiles der Erwerbstätigen selbst. Aus diesen Umständen ziehen die Unternehmer in ihrer Ge-

famtheit guten Nutzen und ihr Antun gegen den kollektiven Arbeitsvertrag verschärft sich von Tag zu Tag.

Demgegenüber hat die Arbeiterschaft alle Ursache, auf dem Posten zu sein. Die Tarifverträge spielen in ihrem Leben eine ungeheure Rolle. Das kann jeder täglich selbst am eigenen Leibe spüren, wenn er sich nicht den gegebenen Tatsachen völlig verschließt. Der Mensch von heute ist in gewissen Dingen sehr vergeßlich. Ramentlich haben es leider so viele längst vergessen, daß es einmal anders und jeder den Unternehmern schuldlos ausgeliefert war. Und doch kann keiner ein Interesse daran haben, den Zustand wieder herbeizuführen, daß sich „zwischen den Unternehmer und den Arbeiter kein Blatt Papier in Gestalt eines Tarifvertrages drängt.“ Wenn aber die alten Zustände nicht wieder herbeigeführt werden sollen, wenn der Gedanke der Tarifverträge weiter Fuß fassen und sich tief im Bewußtsein der Arbeiter einprägen soll, dann ist es notwendig, daß jeder sich der Macht entsinnt, die hinter den Verträgen steht und das sind die Gewerkschaften.

Es ist ein unerträglicher Zustand, daß rund die Hälfte derer, die die Segnungen der Tarifverträge in Anspruch nehmen, nichts für deren Erhaltung und Fortbildung tun. Diese erbärmlichen Wichte, die nichts säen und doch möglichst viel ernten wollen, sind das größte Uebel unserer Zeit. Ihre Zahl muß vermindert, sie müssen als Schmarozger gebrandmarkt und von jedem anständigen Menschen gemieden werden. Die Bewerbsuche für die Gewerkschaften muß dazu benutzt werden, diese Massen aufzuklären. Nicht vieles eignet sich dazu so gut wie der an sich nüchterne, aber doch so bedeutungsvolle Gedanke der Tarifverträge. Sie sind ein Fortschritt der Kultur und könnten es noch viel mehr werden, wenn jener Block des Indifferentismus nicht im Wege stände.

Ein Rechtsgelehrter für die Tariffähigkeit der Betriebschaften.

Der allgemeine Arbeitgeberverband von Brier und Umgegend, der die Sache der Brierer Geschäftsbuchfabrikanten in den von den Mitgliedern unseres Verbandes bei den zuständigen Gerichten angestrebten Lohnlagen führt, hat nunmehr das Gutachten eines Rechtsgelehrten über die Tariffähigkeit der „Betriebschaften“ beigebracht. Es ist Prof. Dr. Paul Dertmann in Göttingen, der es übernommen hat, dem von Prof. Dr. Kassel-Berlin erstatteten Gutachten, daß die Tariffähigkeit der „Betriebschaften“ verneint, entgegenzutreten. Prof. Dertmann hält zunächst die sogenannten Haus- oder Werk-„Tarife“ für echte Tarifverträge, die den allgemeinverbindlich erklärten Reichstarif für das Buchbindergewerbe zurückdrängen. Prof. Dertmann steht damit in Widerspruch zur herrschenden Meinung, die die Haus- oder Werkabmachungen als „Betriebsvereinbarungen“ bezeichnet und die dem normativen Teil eines allgemeinverbindlichen Reichstarifs weichen müssen. Seine Ansicht glaubt Prof. Dertmann auf die Einschränkung stützen zu können, die die Reichsarbeitsverwaltung ihrer Entscheidung gegeben hat, wonach sich die Allgemeinverbindlichkeit nicht auf solche Betriebe erstreckt, für die Sondertarifverträge in Geltung sind und hinsichtlich des Lohnabkommens nicht auf solche Betriebe, für welche Sondertarife in Geltung sind oder abgeschlossen werden. Der Gelehrte ist der Meinung, daß sich der Wortlaut des geltenden Tarifrechts in keiner Weise im Sinne Kassel's verwenden ließe, da dieser einzig und allein auf der bekannten Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. 12. 1918 beruhe. Diese aber spreche ohne jede Einschränkung den Vereinigungen von Arbeitnehmern die Tariffähigkeit zu. Seiner Meinung nach gehe danach nur solchen Vereinigungen die Tariffähig-

keit ab, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengeschlossen sind. Das treffe aber in den Brierer Betriebschaften nicht zu. Weitere Voraussetzung für die Tariffähigkeit verlange die Tarifverordnung nicht.

Gegenüber Kassel, nach dessen Ansicht das Wesen des Tarifvertrages von der Arbeitnehmervereinigung verlange, daß sie gewillt und auch dafür geeignet sein müsse, den sozialen Gegenpieler ihrer Gegenpartei, des Arbeitgebers, zu bilden, hält Dertmann dieses nicht für erforderlich. Nach seiner Ansicht darf im Sinne des Tarifrechts schwärzlich gefordert werden, daß die tariffähige Arbeitnehmervereinigung eine dauernde Organisation ist und Beiträge, zumal regelmäßige, erheben muß. Eine ad hoc zusammengeschlossene Mehrheit von Arbeitnehmern wäre ebenfalls tariffähig und die Erhebung außerordentlicher, unregelmäßiger Beiträge wäre ausreichend, um die hier vorliegenden Organisationszwecke und Aufgaben, die nur im Tarifabschließen beständen, zu erfüllen. Mit besonderem Eifer widerpricht Prof. Dertmann der Behauptung Kassel's, daß eine Arbeitnehmervereinigung nur tariffähig sei, wenn sie ihrem ganzen Wesen nach gewillt ist, in sozialer Gegnerschaft zum Arbeitgeber zu stehen. Dertmann sagt, nichts kann willkürlicher, ja verfehlter sein, als diese Behauptung. Nach seiner Ansicht sei der Tarifvertrag weit davon entfernt, auf dem Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu beruhen. Er habe vielmehr umgekehrt die Aufgabe, jenen Gegensatz auszugleichen. Diese Ansicht des Gelehrten entspricht durchaus der, die die Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Bewegung geltend machen. Dessen muß er sich wohl auch selbst bewußt sein; denn er sagt in seinem Gutachten:

„Gewiß ist es in unserem Falle der Hauptzweck der Vereinigung, nicht nur überhaupt einen Tarif zustande zu bringen, sondern damit den allgemeinen Verbandstarif für die Brierer Werke zurückzudrängen.“

Uebereinstimmend mit den Wirtschaftsfriedlichen behauptet er, daß das kein den Arbeiterinteressen abträglicher Zweck wäre. Nachdem Prof. Dertmann dann in seinem Gutachten der Interessenharmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Zwecke der gemeinsamen Bekämpfung von ortsfremden Generaltarifen, die sich für die besonderen Verhältnisse eines Ortes oder Wertes als nicht geeignet erwiesen haben — das ist schon Hellscherei, nur keine Wissenschaft mehr — das Wort geredet hat, wehrt er sich dagegen, daß solchen der Ausschaltung von Generaltarifen dienenden Werttarifen um des Fehlens sozialer Gegenspieler willen das Lebenslicht auszublauen gesucht wird.

Kassel's Schlussfolgerung, daß die Brierer Werttarife nicht seien, erklärt Prof. Dertmann für abwegig oder doch für unbewiesen. Dabei verweist er darauf, daß bei den mannigfachen Erörterungen im Arbeiterrechtsausschuß immer wieder betont worden wäre, daß bei mangelnder Tariffähigkeit einer Partei nur kein sogenannter echter Tarifvertrag entstehen könne, daß aber darum das Abkommen nicht nichtig sei, sondern einen unechten Tarifvertrag darstelle, der zwar nach geltendem wie nach künftigen Recht der beiden wichtigsten Tariffolgen entbehre, nämlich der Unabdingbarkeit und der Fähigkeit zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung. Auf Grund dieser eigenen Ansichten Dertmanns wird wohl jedes Gericht diese „unechten Tarife“ der beiden Brierer Werke als durch den Reichstarif abdingbar halten, unbeschadet der entgegengelegten Ansicht des Gutachters, zumal er selbst offenbar im Zweifel darüber ist, ob die beiden Brierer Werttarife der Kategorie der echten oder unechten Tarifverträge zuzuzählen sind.

Diese vom Arbeitgeberverband hervorgehobene eingehende Rechtsbegutachtung ist außerordentlich vorsichtig und unsicher; darüber täuscht auch der stellenweise zum Ausdruck kommende, etwas sehr rechtshaberische Ton nicht hinweg. Wir glauben jedenfalls nicht, daß der Arbeitgeberverband und seine Mandanten damit bei den Gerichten Erfolg haben können.

Rationalisierung ohne Preisfenkung ist Konsumentenmord.

Der bekannte Professor Bonn hat in der Gesellschaft für Organisation über „Rationelles Rationalisieren“ gesprochen. Seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes:

„Eine Rationalisierung, die sich auf Einsparung von Kostenelementen, die gleichzeitig Einkommensbestandteile sind, aufbaut, muß sich als Konsumentenmord, als Verwüstung der Inlandskaufkraft äußern und führt sich damit selbst ab absurdum. Nicht in der Einsparung von Unkosten, sondern in der Erzielung einer bei gleichem Aufwand größerer Produktion, die dann zu niedrigeren Preisen umgesetzt wird, liegt die wirtschaftliche Erfolgsmöglichkeit der Rationalisierung. Die Industrie muß nicht nur billiger produzieren, sondern die Waren müssen auch billiger verkauft werden. Die falsche Preispolitik der Kartelle und Verbände, die zur Schaffung einer künstlichen Rente und zur Kapitalaufblähung führt, gleichzeitig aber auch die Reduzierung der Selbstkosten auf den niedrigstmöglichen Stand (bei Vollbeschäftigung der technisch und wirtschaftlich leistungsfähigen Produktionsstätten) verhütet, die preisverweigernde Zollpolitik, die auf die Erhaltung der Zinsspanne hinielende Politik der Banken — alle diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen bedeuten sämtlich eine künstliche Zerstörung derjenigen Vorteile, die eine Rationalisierung durch Verbilligung der Produktion mit sich bringen kann. Die Aufrechterhaltung der Zinsansprüche für die sämtlichen nun einmal investierten Kapitalien, die den Sinn dieser Wirtschaftspolitik ausmacht, verhindert das Heruntergehen der Preise während der Krise, deren Opfer solange umsonst gebracht werden, ehe nicht die Ueberführung der Produktion auf die am billigsten arbeitenden Unternehmungen nach Durchführung umfangreicher Kapitalabschreibungen durchgeführt ist.“

Diesen Worten braucht keine Silbe hinzugefügt werden, sie sprechen für sich selbst und treffen den Kern der Sache.

Bilder von der Leipziger Herbstmesse.

P. Sie ist wieder da — die Leipziger Messe. Der riesige Tummelplatz des kapitalistischen Handels, der große Spekulationsmarkt nach der günstigsten Kapitalverwertung. Während die Händler im bunten Gewirr dahintreiben, Käufe und Verkäufe nach der Seite des bestmöglichen Profits hin zu tätigen suchen, besungen von den bürgerlichen Zeitungsschreibern, ist Deutschland von einer Riesenwoge von Arbeitslosigkeit überspült. All das blendende Durcheinander des Messestaumels kann über die elende Wirtschaftslage, über Preissteigerung, gesunkene Kaufkraft der Bevölkerung nicht hinwegtäuschen. Der chaotische Messewirrwarr ist Sinnbild für die grellen Widersprüche und Zerrissenheit des kapitalistischen Systems. Der Händler gibt der Messe das Gepräge. Er, der nötigste Mann für den Kapitalisten, hat dafür zu sorgen, die plan- und wahllos auf dem Markt geworfenen Produkte an den Mann zu bringen. Er ist aber auch der Mann, der den Warenpreis verteuert. So ist die Messe nicht der volkswirtschaftliche, schöpferische Faktor, wie sie von den bürgerlichen Zeitungsschreibern hingestellt wird, sondern der Kampfplatz der kapitalistischen Interessenten um den Profit.

Die ersten Messetage sind erfüllt von grenzenloser Hast. Vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein wälzt sich der Strom der Abertausenden durch die schmalen Straßen der Innenstadt. Bürgersteig und Fahrdamm sind ein einzig breites schwarzes Band von sich vorwärts drängenden, gaffenden, gestikulierenden Menschen. Alles drängt wir durch einander. Kellamefahnen und Wimpel, Schilder, Tücher, Bänder hängen in massiger Fülle an den Häuserfronten und überspannen die Straßen. Der Himmel ist ganz dem Gesichtsfeld entzogen. Der Blick findet keine Ruhe. Laufende Schlagworte schreien dich auf einmal an. Du erschrickst von der blendenden Fülle. Die Schaustafel kann sich sattreffen.

Wieder staut sich die Menge vor einem Schaufenster. Ein neuer Schöner wird durch einen lebenden weiblichen Bogen im Auslagenfenster vorgeführt. Dort in jener Auslage steht in elegantem Salonkleid, tief dekolliert, eine smarte Dame. Ihr Gesicht zum Lachen verkrampft, probiert sie elegant und schick die Hüfte der Herbst- und Wintermode. Menschliche Reklame! Originalität ist Trumpf... und was gilt da der Mensch? ... Ein Prostituiertes des Kapitals.

Messe ist Musterversammlung. Die tausende Schaufenster und Ausstellungsräume sind voll der kostbarsten. Damenkleidung überwiegt. Elegante Abendtoiletten aus kostbaren Stoffen, raffiniert in der Aufmachung. Herrliches Porzellan. Feine rote Möbel aus ausländischen Hölzern. Schwere Pelze. Unübersehbar ist für den einzelnen das Ausgestellte. Aber all die Pracht und Schönheit ist nur für die, die Geld haben. Für die andern, die tagaus, tagein in dumpfen Wertfälen schuften, für die ist der Massenartikel gut genug. Was braucht das arme Volk Qualitätsware.

Die Hunderte, die in den Flureingängen stehen und ihre Scherzartikel feilbieten, werden den Passanten zur wahren Belästigung. Sie brüllen dir ins Ohr, du mußt es hören: Kaufen Sie! Doch wech Unsinn und Geschmacklosigkeit produziert sich da in den Scherzartikeln. Welch eine volkswirtschaftliche Vergeudung stellt diese Schundindustrie dar. Doch auch sie macht den Markt fetter. Etlige kleine Gummibälle mit aufgemalten Fratzen strecken die Zunge heraus, wenn die Händler sie dir entgegenrecken. Arme Kultur... wer fragt nach Ästhetik und Kultur, die Hauptsache ist, man verdient dabei.

Das Vergnügen findet man, wo man will. Hat man tagsüber gute Abflüsse getätigt, dann verlangt diese anstrengende Tätigkeit auch nach Ruhe. Man hat doch auch „geistige“ Interessen. Tanzdielen, Weinstuben, Kabarets und Cafés sind überfüllt. Der Sauferei und der Unzucht werden die größten Konzeptionen gemacht. Die Polizeistunde ist bis in den Morgen hinein verlängert. Überall hohe Preise. Der Messekonte bezahlt alles. Die Bevölkerung leidet stark darunter. Denn für sie werden keine Extrapreise gemacht. In Massen gastieren die Schönheitsballetts. Rette Frauen gibt es jetzt in Leipzig ungezählte. Die Dirne aus Hamburg und Köln und sonstwoher sucht nach Verdienst. In eleganten Roben streifen sie durch die Straßen und Lokale. Und ihr Geschäft geht gut. Der Alkohol fließt in Strömen. Und die süßigen Rechten göhnen „Deutschland über alles“.

Messe, Profit, Rummel, Hurra, all das ist notwendig, sonst würde Deutschland unrettbar dem Verfall zustreben. So arbeiten all die Händler, die Dirnen und die anderen Schmarozker an dem Wiederaufbau Deutschlands... Lieb Vaterland magst ruhig sein...

Maschinelles Lackieren von Druckerzeugnissen mit Spirituslack.

1.

Die Lackierung findet häufig bei Chromolithographischen Drucken, Eitetten, Plakaten usw. als Schutzmittel Anwendung. Der Lack bildet eine Isolierschicht, die vor Beschmutzungen schützt, er hat gleichzeitig die Wirkung, daß die Druckfarben feuriger hervortreten.

Zur Ausführung der Lackierung können zwei verschiedene Maschinensysteme benutzt werden, und zwar die sogenannte Zylinder-Lackier- und Gummiermaschine oder die Auftrag- bzw. Anleim-, Gummier- und Lackiermaschine. Beim Lackieren auf der ersteren ist bei jedem Formatwechsel eine auf dem Zylinderaufzug befestigte Formatpappe notwendig, während bei dem zweiten System (siehe Abbildung 1 in Nr. 26 der „Buchbinder-Zeitung“: „Maschinelles Klebstoffauftrag“) beim Formatwechsel keinerlei Vorbereitungen notwendig sind. In der Regel werden Druckerzeugnisse im ganzen Bogenformat lackiert; es können jedoch auf einer Anleim-, Gummier- und Lackiermaschine auch geschnittene und ausgestanzte Erzeugnisse lackiert werden. Dies ist auf der Zylinder-Lackier- und Gummiermaschine, die wie eine Druckneilpresse mit Greiferanlage arbeitet, nur dann möglich, wenn Papierfalte als Greiferrand an die zu lackierenden Stücke angehängt werden oder wenn kleinere geschnittene und ausgestanzte Erzeugnisse, wie z. B. Eitetten, auf einem Durchlaufbogen an einer Seite schmalantlig ausgelegt werden, wobei dann ein Greiferrand freibleiben muß. Daraus geht hervor, daß die Anleim-, Gummier- und Lackiermaschine in dieser Hinsicht wesentliche Vorteile bietet.

Bei der Herstellung zu lackierender Druckerzeugnisse ist stets zu beachten, daß nur lackierfähiges Papier und lackierfähige Druckfarben zur Verwendung gelangen. Nicht lackierfähige Druckfarben werden vom Lack aufgelöst. In manchen Fällen, soweit die Druckfarben hierzu ausnahmsfähig sind, kann der Farbauflösung durch eine Grundierung entgegen gewirkt werden. Des weiteren muß eine Grundierung bei nicht lackierfähigen, d. h. bei zu schwach geleimten Papieren, die infolge ihres laugfähigen Zustandes dem Eindringen des Lackes Vorbehalt leisten, vorgenommen werden.

Es ist deshalb eine falsch angewandte Sparbarkeit, wenn größerer Wert auf Billigkeit als auf Lackierfähigkeit der Papiere gelegt wird. Bei schwach geleimten Papieren erübrigt sich eine Grundierung dann, wenn die ganze Ausdehnung der Fläche, wie es häufig bei Eitetten, Plakaten usw. der Fall ist, durch Druck (Untergrund- oder Lendruck) völlig bedeckt wird. In diesem Falle bildet die Druckfarbe eine Art Grundierung, auf der die Lackschicht aufliegt, und der Lack infolgedessen einen Halt findet, so daß er nicht in das Papier einzudringen vermag. Zusätze zu den Druckfarben (Fett, Talg, Vaseline und Petroleum) müssen auf das Mindestmaß beschränkt oder am besten nach Möglichkeit ganz fortgelassen werden. Durch diese Mittel wird nicht nur der Trocknungsvorgang erschwert, sondern es wird dadurch auch das Abfließen und Abplätzen der Lackierung an den Kanten beim Schneiden oder Ausstanzen begünstigt, wie auch der Glanz durch Fett stark beeinträchtigt werden kann.

Vor dem Grundieren oder Lackieren müssen die Drucke auf völlige Trockenheit der Druckfarben geprüft werden. Dies kann in derselben Weise geschehen, wie in Nr. 23 der „Buchbinder-Zeitung“, Seite 167: „Bearbeitung von Kunstdruckpapier“ angegeben wurde.

Grundiert wird entweder mit Speisegelatine oder mit Asländischem Moos (Carrageenmoos), wie dieses als Grund beim Rarmorieren der Buchschnitte Verwendung findet. Die Gelatinefalten werden in abgekochtem Fuß- oder Regenwasser, solange es noch in warmem Zustande ist, aufgelöst. Um das Aufsteigen zu beschleunigen, können die Tafeln in kleine Stücke geschnitten werden. Nach völligem Aufsteigen wird die Masse, um sie von Unreinheiten zu befreien, durch einen Leinenlappen gedrückt und in warmem Zu-

stand mit Hilfe eines Schwammes aufgetragen. Im Großbetrieb kann der Auftrag auch maschinell auf Auftrag- bzw. Anleimmaschinen mit Heizvorrichtung erfolgen. Wieviel Gelatinefalten zur Herstellung des Grundiermittels nötig sind, kann wegen der Verschiedenheit der Tafelgröße und der Qualität nicht generell angegeben werden. Durchschnittlich dürften acht bis zehn Tafeln auf einen Liter Wasser ausreichend sein. Die Gelatine- bzw. Carrageenmoosmasse muß nach dem Auftrag in die Poren des Papiers gut eindringen und einen leichten Glanz hinterlassen. Ein diesbezüglicher Versuch wird den richtigen Weg zeigen. Die Zubereitung von Carrageenmoos ist die gleiche, wie bei der Herstellung des Rarmoriergrundes, es wird mit kochendem Wasser angebrüht, nochmals aufgekocht und mit kaltem Wasser verdünnt. Nachdem wird die Masse durchgeseiht und geraume Zeit stehen gelassen. Im übrigen ist die weitere Behandlung und Anwendung die gleiche, wie bei Gelatine. Die vorgenannten Grundiermittel ersetzen die unvollkommene Leimung bei zu schwach geleimten Papieren. Die Trocknung der grundierten Bogen erfolgt wie im weiteren Verlauf bei dem Lackieren angegeben. Die Unkosten der Grundierung stellen sich allgemein höher, als wenn gut geleimtes Papier zur Verwendung gelangt. Jedoch kann der Grundierung nicht abgeprochen werden, daß der Lackverbrauch ein geringerer ist, als bei ungrundierten Bogen und daß ein höherer Glanz erzielt wird. In manchen Betrieben werden frische Drucke bei eiligen Arbeiten vor dem Lackieren mit Talkum, Magnesia oder Bologneser Kreide abgerieben, um sie unmittelbar danach lackieren zu können. Dieses Verfahren sollte man, weil der Ausfall der Lackierung kein einwandfreier sein kann, nur notgedrungen anwenden. Das Abreiben der Drucke ändert an der Tatsache nichts, daß den Druckfarben noch eine, wenn auch geringe, aber der Lackierung doch schädliche Feuchtigkeit innewohnt, die das Zusammenleben der Drucke beim Schneiden sowohl, als auch auf dem Transport der Ware oder das Abblättern des Lackes zur Folge haben kann. Vor Beginn des Lackierens müssen die Drucke, wie bereits beim Grundieren erwähnt, auf Lackierfähigkeit geprüft werden, sie dürfen bei kälterer Jahreszeit nicht in ungeheizten Räumen aufbewahrt werden, sondern sie müssen eine Vorwärmung im Arbeitsraum durchmachen. In manchen Druckereien zieht man es vor, die Papiere vor dem Druck, auch selbst wenn die Papiere ohne weiteres lackierfähig sind, auf einer Schnellpresse zu firnissen. Bei diesem Verfahren werden bezüglich des Lackverbrauches wie des Glanzes der Lackierung ähnliche Vorteile erzielt, wie bei der Anwendung der zuvor besprochenen Grundiermittel.

Zur Lackierung wird neutraler Ia Spirituslack, der auch unter der Bezeichnung „Eitettenlack“ bekannt ist, verwandt. Der Lack, wie er aus der Fabrik kommt, stellt ein Extrakt dar, das so verdünnt werden muß, daß sich eine Konsistenz ergibt, die einen dünnen, gleichmäßigen Auftrag ermöglicht. Um die Gleichmäßigkeit der Konsistenz während des Lackiervorganges zu erhalten, muß der Lack im Lackbassin von Zeit zu Zeit nachverdünnung werden.

Es kommt zuweilen vor, daß die Lackierung einen gelblichen Schein zeigt, was bei der Verwendung minderwertiger Lacke eintreten kann. Häufig kommt das Gelbwerden insbesondere bei Chromopapieren zum Ausdruck. Dieser Mangel ist oft auf minderwertige Leime bei der Herstellung der Streichschicht zurückzuführen. In diesem Falle kann unter Umständen, wenn ausdrücklich lackierfähiges Chromopapier bestellt wurde, soweit nicht dem Lack das Gelbwerden zugeschrieben ist, der Papierlieferant für den Mangel haftbar gemacht werden. Durch eine Lackierprobe auf weißem Papier ist leicht festzustellen, durch welche Ursache der Mangel hervorgerufen wurde.

Nach der Lackierung tritt bei Bronzedrucken nicht selten Oxydation der Bronze auf. Wenn auch häufig andere Ursachen einwirken können, wie z. B. feuchte Luft, die mit Schwefelkohlendünsten geschwängert ist oder saurehaltige Klebstoffe, die bei der Lackierung Verwendung fanden, so hat sich doch in der Praxis ergeben, daß besonders minderwertige Lacke diesen Mangel herbeiführen können.

Eine Triübung der Lackierung kommt zumeist dann zum Ausdruck, wenn in nicht genügend geheizten Räumen lackiert wird, wenn frisch lackierte Bogen der Zugluft ausgesetzt sind oder auch bei Bronzedrucken bei der Verwendung grobkörniger Bronze.

UNSERE JUGEND

Großstadterde.

Mütterliche Erde der großen Stadt,
Stein bedeckt und harter Asphalt deine Straßen,
Steinerne Leiber der Häuser lasten auf dir.
Und nur wenige Gärten und grüne Plätze
Lassen dein Antlitz erkennen.
Du unsere Mutter.
Spärlich reden sich Baum und Blume ins Licht.
Uns zu künden die Kräfte,
Die du lebend deinen Geschöpfen verströmt.

Und doch fühlen wir dich und atmen in deiner Güte.
Noch nicht völlig starb uns der Hauch deines Lebens.
Der der unsere ist,
Denn ohne dich wäre kein Mensch.

Nur vergaßen wir dein im lärmenden Strudel der Tage,
Wähten, wir seien die Herren,
Den Kräften gebietend,
Die dein schaffender Wille restlos erneut.

Du aber, lächelnde Sklavin, dienende Mutter,
Duldest und trägst der Uebermütigen Wahn,
Breitest uns immer neu, nicht achtend des Undanks,
Einen Schimmer von Heimat über das graue Ge-
wühl.

Schmüdst dein geschändetes Antlitz in jedem Frühling
Neu mit Blüten und grünem Gezweig,
Uns zur Freude,
Und nimmst uns endlich, wenn wir des Haltens müde,
Liegend zurück in deinen gütigen Schoß. —

Du unsere Mutter,
Siehe — wir lieben dich doch!

Die Bedeutung des Achthunderttages für die Arbeiterinnen.

Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich ist für die auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen von noch größerer Bedeutung als für die Männer. Die übergroße Mehrzahl der Frauen kann sich nach getaner Arbeit nicht einmal in dem Umfange der Ruhe oder selbstgewählter Erholungsarbeit, z. B. Spiel, Sport, Spaziergängen, Lektüre usw., hingeben, wie es die Männer können. Auf die Frauen wartet in der Regel zu Hause eine Menge Arbeit, die oftmals nicht weniger anstrengend ist als die Erwerbsarbeit in den Betrieben.

Die verheirateten Frauen müssen oft genug neben ihrer Erwerbsarbeit die gesamte Hausarbeit verrichten, einschließlich der Arbeiten, die das Beforgen der Lebensmittel und das Herichten der Mahlzeiten für die Familie erfordert. Bei dem wohl ausnahmslos in allen Ländern gesunkenen Reallohn, insbesondere für Frauenarbeit, ist die Zahl der Fälle, daß Frauen, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, sich Hilfe für die Hausarbeiten nehmen können, gegen früher erheblich geringer geworden.

Aber auch die unverheirateten Frauen arbeiten im Hause zwangsläufig mehr als Männer. Sie nähen, waschen, bügeln ihre Kleider und Wäsche recht oft selber, weil ihr relativ niedriger Lohn nicht ausreicht für die Befreiung des Lebensunterhalts und der Beschaffung des Bedarfs an Kulturgütern, wie Bücher, Unterhaltung, Vergnügungen, auf die wir nicht verzichten können, wenn die Arbeitsfreudigkeit erhalten werden soll. Die Anforderungen dieser Doppelbelastung an Körper- und Nervenkraft der Arbeiterinnen muß aber dazu führen, die Arbeitskraft zu zerstören, wenn nicht

die Arbeitszeit vom Tage soviel übrig läßt, um Körper und Geist ausruhen zu lassen und zu pflegen.

Bis jetzt hat die Doppelbelastung der Arbeiterin insbesondere zu wenig Zeit übrig gelassen, um den Geist zu pflegen und ihn so zu entwickeln, daß auch die Frauen in ihrer Mehrzahl erkennen können, daß sie ein Recht haben auf Leben und Wohlergehen. Aber auch die Körperpflege muß bei der knappen Zeit, die der Arbeitstag den Frauen übrig läßt, mehr vernachlässigt werden, wie der Gesundheit der Frauen zuträglich ist, die als Mütter die Trägerinnen der kommenden Generation sind.

Deshalb müssen gerade die Frauen nach einer Regelung der Arbeitszeit streben, die als gesund bezeichnet werden kann.

Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf sei deshalb die Parole der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen, die wir durch die Gewerkschaften durchsetzen wollen. **Gertrud Hanna.**

Kolleginnen, wacht auf!

Das Dichterwort vom Waiien der Hausfrau, „die mit Schönen Mitleid die duftenden Läden und sammelt im reinlich geglätteten Schrein die schimmernde Wolle, das schneeige Lein“, es ist nicht mehr zutreffend auf die Frau von heute im allgemeinen. Ein solcher Zustand ist nur noch ein Privileg für die sogenannten „oberen Zehntausend“, und auch diese lehnen es heute ab, persönlich derartige „niedrige“ Arbeiten selbst zu verrichten. Man überträgt sie gegen Entgelt Dienstboten. Die einfache Frau möchte gerne diese ihre Pflichten übernehmen, da sie sich dazu bestimmt fühlt, die Arbeiterfrau möchte gerne Mutter und Hausfrau sein, sorgen und arbeiten, auch wegen der wirtschaftlichen Vorteile, die ihr aus solchem eigenen Wirken und Schaffen im Haushalt entstehen. Jedoch sie kann es bei dem knappen Einkommen des Mannes leider nicht mehr, sie ist selbst auf Erwerb angewiesen. Alles andere muß zurückstehen, die Not ist gebietend. Die in die Fabrik gehende Frau „lehret auch nicht mehr die Mädchen und wehret den Knaben“; die Kinder sind von frühesten Jugend sich selbst und der Strafe überlassen. Der Kinderhort nimmt allenfalls die Kleinen, die Krippen die Kleinsten auf. Mutter sein bildet kaum das Sonntagsdasein der Arbeiterfrau. Die Sorge um ihre Kinder, die die Arbeitermutter allen Gefahren des Lebens ausgesetzt weiß, läßt ihr keine ruhige Stunde. Die Arbeit wird oft nur mechanisch geleistet; nicht selten sind Unfälle gerade auf diesen nervösen Sorgenzustand zurückzuführen. Die Folge eines solchen Unfalles, ganz gleich, ob mehr oder weniger schwer, ist dann oft, daß dieser nach Feststellung des Tatbestandes als „durch Leichtfertigkeit selbst verschuldet“ hingestellt wird.

Der Verdienst der Frau entspricht nicht der Arbeitsleistung, er genügt nie für die Erhaltung eines noch so einfachen Haushaltes, in denen mehrere Familienmitglieder vom Verdienst der Mutter leben müssen. Noch elender lebt die Frau, die durch Heimarbeit ihr Leben fristet. Hat sie auch den kleinen Vorteil (?) gegenüber ihrer aus dem Hause gehenden Arbeitshilfskraft, daß sie ihre Fron innerhalb ihrer eigenen Häuslichkeit verrichten kann, dann ist ihre Arbeitszeit dafür eine unbegrenzte, die Entlohnung meist eine noch geringere. Daß sie dem Unternehmer Licht, Miete und Erhaltungskosten eines gewerblichen Betriebes erspart, kommt ihr als ein Unrecht kaum oder überhaupt nicht zum Bewußtsein.

Ist auch schon dank dem Eingreifen der Gewerkschaften in der Heimindustrie manches besser geworden (die Fachauschüsse zum Beispiel sind auf Anregung der Gewerkschaften zum Schutz der Heimarbeiter ins Leben gerufen), dann bleibt doch immerhin noch genug zu verbessern übrig. Erst wenn auch die Heimarbeiterin den wahren Wert des gewerkschaftlichen Zusammen-

schlusses erkannt haben wird, wird es möglich sein, auch hier einen größeren Fortschritt zu schaffen und das viele Unrecht zu beseitigen.

Daß die arbeitende Frau, vor allem, wenn sie einem Haushalt vorzustehen und auch Kinder zu versorgen hat, für Gewerkschaftsfragen nicht das Interesse zeigt, wie es für sie vonnöten wäre, ist, vom rein menschlichen Standpunkt aus betrachtet, sehr leicht erklärlich, in keiner Weise jedoch gutzuheißen. Die freie Zeit, die sie nach Schluß der Erwerbsarbeit übrigbehält, ist reichlich ausgefüllt mit Hausarbeit, ja, oft werden Nachtstunden und die Sonntage hierzu verwendet. Für geistige Beschäftigung bleibt keine Zeit. Die Frau wird abgestumpft, müde an Leib und Seele.

Leider hat sich die Allgemeinheit mit diesen sozialen Begleiterscheinungen der Frauenarbeit abgefunden, sie sind Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und werden von heute zu morgen auch nicht zu beseitigen sein, da der Kapitalismus an seinem so wertvollen Ausbeutungsobjekt, der billigen Frauenarbeit, international krampfhaft festhält. Der Sozialismus hat es sich zum Ziel gesetzt, für einen Gesellschaftszustand zu wirken, in dem sich niemand auf Kosten der Arbeit anderer bereichern kann, in ihm also jeder die Früchte seiner Arbeit selbst genießen soll.

Dies Ziel zu erkämpfen, ist ungeheuer schwer, und es scheidet zuweilen aus, als ob auf diesem Gebiet Eisophusarbeit geleistet würde. Bei etwas genauerem Studium des proletarischen Kampfes finden wir jedoch bald heraus, daß wir doch bereits einen großen Schritt vorwärts gekommen sind. Niemand wird heute noch behaupten wollen, daß alle Fortschritte, die wir gemacht haben, auch ohne Gewerkschaft, unermüdet von selbst gekommen wären. Wir erstreben eine Ordnung der Dinge, in der auch die Frau aus dem Bolke wieder Mutter sein wird und sein darf, ihrer natürlichen Anlage gemäß Pflichten und Aufgaben in der Familie freudig erfüllen wird. Kein Unternehmer würde es sich einfallen lassen, aus sozialem Empfinden (etwa in Anerkennung der wirtschaftlichen Not) irgendwelche Verbesserungen zuzugestehen, hätten wir an unserer Organisation keinen Rückhalt. Diese Tatsache muß von allen Kolleginnen als wahr anerkannt werden. Wenn diese Logik der wirtschaftlichen Zusammenhänge anerkannt wird, dann gibt es auch keinen Grund mehr, abseits der gewerkschaftlichen Organisation zu stehen.

Auch die ausgeschiedenen Mitglieder müssen wieder zu uns kommen. Nur ein starker Verband kann wirksam unsere Interessen vertreten. Als Nichtmitglied den Beitrag sparen, heißt auf Kosten anderer genießen, sich etwas aneignen, das andere erkämpfen, und das wird keine ehrliche Kollegin wollen.

Die Frau tritt in der Regel in der Hoffnung in das Erwerbsleben, das dies nur ein Uebergangsstadium zur Ehe bedeutet, auf sie ist auch ihr Hauptinteresse gerichtet, was sich in den allgemeinen Gesprächen, die untereinander geführt werden, stets offenbart. Da aber die heute geschlossenen Proletariatsfamilien fast immer die Mitarbeit der Frau voraussehen oder schließlich doch zu ihr führen, da wirtschaftlich notwendig, müßte jede Kollegin schon deshalb stark daran interessiert sein, die Lebensverhältnisse der Männer mit aufzubessern zu helfen, damit die Arbeit für diese und ihre Leidensgefährten auskömmlicher und das Sklavendasein, wenn auch erst in späteren Jahren einmal, gänzlich beseitigt wird. Unsere Kolleginnen und unsere Kolleginnen sind zu gleichen Teilen verpflichtet, gegenseitig für Verbesserungen innerhalb ihres Wirkungskreises für einander einzutreten. Nur nach solchen Gesichtspunkten arbeitend, wird es möglich sein, einen wirklichen Fortschritt zu erreichen, das Vorurteil gegen die Frauenarbeit, wie es unter den meisten arbeitenden Männern noch immer vorherrschend ist, zu beseitigen.

Leben heißt kämpfen, und dieser Kampf ist ein wirklich heiliger, den alle Völker durchkämpfen müssen, statt sich gegenseitig zu zerfleischen. Leb doch das internationale Proletariat überall unter den

gleichen harten Lebensbedingungen, überall ausgegogen von seinem größten Feind, dem Kapitalismus. Dieser verdankt seine Stärke dem Zusammenschluß. Von ihm können wir viel lernen, wir legen ihm, der goldenen Internationale, den proletarischen, den der Menschenliebe, der Menschenbefreiung gegenüber.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse bringen es mit sich, daß wir als Gewerkschaft in den Lohn- und Arbeitsbedingungen momentan kein Neuland gewinnen können. Wir beschränken uns einstweilen darauf, bereits erkämpfte Positionen zu erhalten. Wir befinden uns im Verteidigungskrieg und müssen auch hier auf dem Posten sein. Oder sind die uns erst vom Verband geschaffenen Löhne, die bessere Bezahlung notwendiger Ueberstunden, die Gewährung von Urlaub und was sonst noch in besseren Zeiten durch unsere Organisation geschaffen werden konnte, nicht des Erhaltens, des Kampfes wert? Es kommen auch wieder bessere Tage, darum rafft euch auf, Arbeitsschweßtern, in euren Verband ist euer Platz, jeder wird gebraucht und ist willkommen. **Nur im und durch den Verband können wir unsere Kräfte konzentrieren zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind.** Elisabeth Jante.

Änderungen in der Mutterschaftshilfe.

Das „Reichsgeheblatt“ veröffentlichte am 20. Juli das Zweite Gesetz über Änderungen des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung. Das Gesetz ist am 9. Juli 1926 vom Reichstag beschlossen worden. Es befaßt sich lediglich mit der reichsgerichtlichen Wochenhilfe in der Krankenversicherung, die zum Teil einschneidend geändert ist.

Bisher bestand ein Anspruch auf freie ärztliche Behandlung, falls dies bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich war. Dieser Anspruch ist jetzt ausgedehnt auf Hebammenhilfe, Arznei und kleinere Heilmittel und, soweit erforderlich, ärztliche Behandlung. Die Krankenkasse wird also in Zukunft den weiblichen Versicherten und den anspruchsberechtigten Familienangehörigen der Versicherten Hebammenhilfe als Sachleistung zur Verfügung stellen. Die Höhe der den Hebammen zu zahlenden Gebühren wird besonders festgelegt bzw. vereinbart. Die Hebammen sind jedoch nicht beauftragt, weitergehende Ansprüche an die Wöchnerinnen zu stellen.

Als Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden wird fortan ein Betrag von 10 Reichsmark gezahlt. Diese Beiträge betrug bisher 25 Mark, aus ihr mußten aber auch die Kosten der Hebammenhilfe bestritten werden. Nachdem nunmehr die letztere durch Uebernahme der vollen Sachleistung ganz abgegolten ist, wurde der Entbindungsbeitrag ermäßigt. Immerhin stehen sich die Wöchnerinnen jetzt besser als bei dem bisherigen Zustand, da die Entbindungsgebühren der Hebamme schon in einem normalen Falle bedeutend höher sind als die vorgenommene Kürzung um 15 Mark. Wenn eine Entbindung nicht stattfindet, dann werden wie früher 6 Mark als Beitrag zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden gewährt.

Das Wochenlohn wird wie früher für vier Wochen vor und sechs zusammenhängende Wochen nach der Niederkunft gezahlt. Es muß nunmehr aber für zwei weitere Wochen vor dem zuerst genannten Zeitraum gewährt werden, wenn die Schwangere während dieser Zeit keine Beschäftigung ausübt und vom Arzt festgestellt wird, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb sechs Wochen stattfinden wird. Selbst wenn sich der Arzt bei der Berechnung des Zeitpunktes der Entbindung irrt, besteht gleichwohl Anspruch auf das Wochenlohn bis zur Entbindung, also auch über den Zeitpunkt von sechs Wochen hinaus. Diese Bestimmungen erfüllen natürlich nur ihren Zweck, wenn den Wöchnerinnen das Wochenlohn auch gleichzeitig zugänglich gemacht wird. Deshalb ist im Gegensatz zu dem bisherigen Recht bestimmt, daß das Wochenlohn für die Zeit vor der Entbindung nicht erst mit dem Tage der Entbindung, sondern jeweils sofort fällig wird.

Das Stillgeld, an dessen Regelung nichts geändert ist, ist u. a. auch aus bevölkerungspolitischen Erwägungen heraus seiner Zeit geschaffen worden. Zur wirkungsvolleren Unterstützung dieses Zweckes ist fortan auch die Möglichkeit vorgesehen, durch die

Krankenkassen bei Zahlung des Stillgeldes auf den Wert der regelmäßigen Inanspruchnahme von Mütterberatungsstellen, Säuglingsfürsorgestellen oder gleichartigen Einrichtungen hinzuweisen.

Die Krankenkasse kann unter Fortfall des Wochenlohngebeldes Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim gewähren, verpflichtet ist sie jedoch hierzu nicht. Findet eine Entbindung ohne Zustimmung der Kasse in einem Wöchnerinnenheim statt oder verschafft sich die Wöchnerin anderweit Hebammenhilfe, dann besteht ein Anspruch auf den festgesetzten Betrag, den die Kasse für Entbindungshilfe an die Hebammen zu zahlen hat.

Außer den vorerwähnten Leistungen, die zu gewähren die Krankenkassen verpflichtet sind (Regelleistungen), ist den Krankenkassen die Möglichkeit gegeben, den einmaligen Entbindungslohnbeitrag von 10 auf 25 Mark zu erhöhen, ferner die Dauer des Wochenlohnbezuges um drei Wochen und die des Stillgeldbezuges — die an sich 12 Wochen beträgt — um 14 — also auf 26 Wochen zu erweitern.

Diese Bestimmungen gelten sowohl für die versicherten Wöchnerinnen als auch für die anspruchsberechtigten Familienangehörigen der Versicherten (Familienwochenhilfe). Sie treten am 1. Oktober 1926 in Kraft. H. Schw.

Die Fabrik als Harem.

Es ist bekannt, daß es im Mittelalter ein „*jus primae noctis*“ gab. Das war das Recht des Herrn auf die erste Nacht, wenn Mädchen, die im Dienste des Herrn standen, heirateten. Das von christlicher Ethik so trübende Mittelalter ließ dieses Recht aufkommen und lange bestehen.

Weniger bekannt ist aber, daß dieses „Recht“ des wirtschaftlich Mächtigen auch noch blieb, als sich die Verhältnisse von der Agrar- zur Industrieform wandelten und daß selbst in einem in sittlichen Fragen sonst so empfindlichen Volke, wie dem englischen, dieses *jus primae noctis* noch bis in die ersten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts mit seinem beginnenden Industrialismus bestanden hat. Friedrich Engels spricht sich hierüber in seinem Buche von der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ aus. „Der Fabrikant ist“, so schreibt Engels, „auch in dieser Beziehung Herr über den Leib und die Reize seiner Arbeiterinnen. Die Entlassung ist Strafe genug, um in neun Fällen aus zehn, wo nicht in neunundneunzig aus hundert, alles Widerstreben bei Mädchen niederzuschlagen.“

Solche Zustände erscheinen uns heute kaum fassbar, und doch ist es erst ein Jahrhundert her, daß sie bestanden. Nur dadurch aber ist trotz des wachsenden Kapitalismus auch das Recht des Menschen gewachsen, daß dieser Kapitalismus die Masse zum Klassenbewußtsein drängte, das zum Volkswort wurde für das Menschenrecht.

Ein Gespräch nach Feierabend.

„Also auf Wiedersehen, morgen, in der Versammlung.“

Mit diesen Worten verabschiedet sich ein junges Mädchen von ihren Kolleginnen vor dem Tor eines größeren Fabrikgebäudes. „Auf Wiedersehen“, kommt es frisch von einigen, zögernd von anderen zurück. Und nun wendet sich die Schar zum Heimwärtsgehen. Sie schlagen den gleichen Weg ein, den ich gehen will. Dadurch kann ich etwas von ihrem Gespräch hören. Es dreht sich noch um die Frage des Versammlungsbefuches. Ein junges Mädchen wendet sich an eine ihrer Begleiterinnen mit den Worten: „Aber Sie sind doch auch da, Kollegin?“ Diese, eine Frau, der man ansieht, daß ihr noch nicht viel gute Tage blühten, gibt etwas mühsam zurück: „Ich werde sehen!“ Gleichzeitig sagt eine andere, noch ein halbes Kind: „Ich komme nicht. Was soll ich da!“

Die Schar hat eine kleine Parkanlage zu passieren und nimmt dort auf einigen nahe zusammenstehenden Bänken Platz, und ich setze mich nicht weit davon, da es mich interessiert, die Ansichten dieser Frauen zu hören. „Ach“, sagte wieder eine, „die Versammlungen sind so langweilig. Da sprechen die Männer immer von allem Möglichen, streiten sich um dies und das, und unserins sitzt da und könnte doch wäh-

rend der Zeit etwas Besseres beginnen. Versammlungen sind nichts für uns Frauen!“ Die Kleine von vorhin sagt nochmals: „Nein, ich gehe nicht. Wozu sind denn eigentlich die Versammlungen? Wenn man sich etwas erzählen will, kann man dies ja bei der Arbeit tun oder unterwegs.“ Eine andere nicht ihr Beifall, und es treibt mich hinzugehen und diesen jungen Menschenfindern zu sagen, wozu und weshalb wir Versammlungen haben müssen, wozu und weshalb wir Versammlungen besuchen müssen.

Doch voll Genugtuung nehme ich wahr, daß es meines Eingreifens gar nicht bedarf. Eine aus der Schar redet nun. Ei, wie die Augen leuchten. Dem ganzen Menschen sieht man an, daß das, was hier ausgesprochen wird, auch wirkliche Ueberzeugung ist.

„Also du willst nicht hinkommen, weil du dich langweilst, und du nicht, weil du nicht weißt, wozu Versammlungen da sind? Nun, dann höre mal. Wie du weißt, kann uns vieles, was wir bei der Arbeit erleben, nicht gleichgültig sein. Aber alles kann der oder die einzelne nicht sehen und nicht wissen. Und in der Werkstatt kann man dies nicht alles besprechen. Denn du weißt so gut wie ich, daß wir, wenn wir einigermaßen verdienen wollen, tüchtig arbeiten müssen. Und damit nun jeder alles erfahre und sich mit den anderen gemeinsam aussprechen und verständigen kann, deshalb finden Versammlungen statt. Du meinst, für uns Frauen sind die Versammlungen nichts. Aber gestatte doch. Müssen wir Frauen denn nicht genau so arbeiten wie die Männer. Da, manchmal noch mehr? Und wie wird unsere Arbeit entlohnt. Kaum die Hälfte vom Verdienst der Männer gesteckt man uns zu. Wir aber müssen für jedes einzelne Stück, das wir kaufen, für jeden Bissen, den wir essen, genau daselbe zahlen wie die Männer. Darum müssen wir immer und immer wieder darauf dringen, daß man uns Frauen genau so wie die Männer entlohnt. Um uns über den Weg, dies zu erreichen, zu verständigen, sind ebenfalls Versammlungen nötig. Nun sage mir, kann oder darf auch nur eine von uns dabei fehlen?“

Nach einer kleinen Pause sagt nun eine andere: „Du hast recht. Aber wenn man in der Woche jeden Tag arbeitet, will man doch den Sonntag gern für sich haben.“

„Ei nun, der Ansicht bin ich auch. Aber sieh mal, wenn wir in die Versammlung gehen, die unsere Wege nützlich sind, in der wir die Wünsche, die wir für unser Arbeitsverhältnis haben, aussprechen können, haben wir den Sonntag dann nicht für uns verwertet? Und nachher können wir wirklich auch noch einige Stunden hinaus ins Freie gehen mit dem frohen Bewußtsein, unser Scherlein beigetragen zu haben, daß es für alle besser wird. Nicht wahr, von uns allen wird morgen keiner fehlen? Wir wollen alle gehen, und wenn wir nicht mitkochen können, können wir mitlernen. Lernen, wie es möglich ist, unsere Lage, die Lage der Arbeiterkraft, gleich, ob Mann oder Frau, besser zu gestalten.“

Fast freudig sagten alle zu und gingen dann, über dies und jenes plaudernd, weiter. Nachdenklich blieb ich noch ein wenig sitzen.

Mädchen doch die Worte der jungen Arbeiterin den Erfolg haben, den sie verdienen. Allen Frauen könnten sie gesagt werden und alle könnten sie beherzigen. Ein kleiner Junke, wenn er zündet, kann ein großes Feuer erzeugen. M.

Natur.

Nacht fließt in Tag und Tag in Nacht, der Bach zum Strom, der Strom zum Meer — in Tod zerrinnt des Lebens Pracht, und Tod zeugt Leben, Licht und hehr.

Und jeder Geist, der brünstig strebt, dringt wie ein Quell in alle Welt — was du erlebst, hab ich erlebt, was mich erhellet, hat dich erhellet.

Wir sind wir eines Baums Betrieb, ob Ast, ob Zweig, ob Mark, ob Blatt — gleich hat Natur uns alle lieb, sie, unser aller Ruhestatt.

Heinrich Hart.

Das Ende des deutschen Buchhandels?

Unter dieser Stichmarke schreibt Gerhard Schäfer im „Samburger Echo“:

„Der Buchhandel in Deutschland steckt in einer Krise. Das Geschäft geht schlecht; tagtäglich kommen Mitteilungen über Konkurse, Geschäftsaufsichten und Offenbarungseide. Der wirkliche Grund, die tiefere Ursache ist nicht leicht festzustellen. Mitzurechnen ist, daß das deutsche Buch zu teuer ist (für den passionellen Bücherfreund!) und daß die Buchhändler zu viel verdienen wollen. Da rede keiner von den allzu großen Ausgaben und Spesen. Jedes Geschäft hat seine Spesen; der Buchhandel hat sogar künstliche Spesen: seine mittelalterliche Buchführung, seine Abrechnungsmethoden. Man will verdienen, das ist selbstverständlich. Aber man begnügt sich nicht mit kleinem Nutzen bei großem Umsatz, wie es eigentlich sein sollte. Die Preise könnten niedriger sein, dadurch würde der Umsatz bestimmt höher. Die Buchhändler bekommen 35 Proz. Rabatt, wünschen dabei Kommissionsgebühren und bestellen oft nur dann bar, d. i. gegen Kasse, wenn der Rabattsatz höher ist. Bahnhof-, Reise- und Verlagsbuchhandlungen bestellen oft nur dann, wenn sie 50 oder 60 Proz. erhalten. Man stelle sich das vor: Vom Verkaufspreis bekommt der Händler 50 Proz., während der Verleger für die andere Hälfte die Kosten trägt für Druck, Kommissionär, Reklame und Autorenhonorar. Ziffernmäßig steht das so aus: Ein Buch, dessen Druck 1 Mk. kostet, muß einen Ladenpreis von 4 bis 5 Mk. haben.

Der Buchhandel, so wie er ist, richtet sich selbst zugrunde. Daß es anders werden will und muß, wird kein Einsichtiger leugnen. Die Anfänge sind schon da: Die Buchgemeinschaften und die Nachlässe der Buchhändler bei ihren Stammkunden. Alle meine bücherfreundigen Freunde und Bekannten haben ihre Stammbuchhandlungen, die ihnen Nachlässe von 10, 20 und bisweilen 30 Proz. geben. Ich selbst habe in den letzten 12 Monaten kaum ein Buch zum regulären Preise gekauft, das erkläre ich ganz offen. Ich füge sogar hinzu, daß ich nicht nur in meinen Stammbuchhandlungen kaufe, sondern auch auf Reisen, daß ich aber ohne Nachlass nie kaufe. Das ist symptomatisch: die Bücherfreunde wollen und müssen ihre Bücher haben, aber sie wollen sie nicht so hoch bezahlen. Es werden noch Bücher gekauft, aber man will sie nicht zu teuer kaufen. Gäbe sich der Buchhändler mit 20 Proz. zufrieden, setzte der Verleger seine Gewinnquote herab, man sei überzeugt, das Buch (das 1 Mk. zu drucken kostet) könnte weniger als 3 Mk. und nicht, wie heute fast alle diese Bücher, 5 bis 7 Mk. kosten. Ein Zweimarktbuch ist ja auch leichter zu verkaufen als ein Buch zu 5 Mk. Der Autor hat am wenigsten Grund, von seinem Honoraranteil abzugehen. Ein Verleger „widerlegte“ diesen Einwand so: Er habe ja ein großes Risiko auf sich genommen, das Buch zu verlegen. Als ob es kein Risiko des Autors wäre, seine Arbeit eines halben oder ganzen Jahres einem Verleger anzuvertrauen!

Die riesige und plötzliche Verbreitung der Buchgemeinschaften (sie sollen insgesamt etwa dreieinhalb Millionen Mitglieder haben!) beweist, daß das Buch billig an den Käufer gebracht werden kann, wenn man sich bestreift, wieder auf den Pfennig genau zu kalkulieren. Die Buchgemeinschaften wissen, worauf es ankommt: Den Käufer nicht zu übervorteilen und ihm das gute Buch in bester Form zum niedrigsten Preise zu verschaffen. Wohin diese Entwicklung, die für den guten Gedanken zeugt, noch führen wird, ist nur in bestem Sinne auszusenden!

Der Buchhandel ist ein Krebsstranker, dessen Lebensdauer kurz oder lang bemessen sein kann. Er sollte sich aufrufen und nachdenken.

Es gäbe einen Ausweg: feste Nettopreise des Verlegers, Bestimmung des Ladenpreises durch den Händler, freie Konkurrenz. Der Buchhändler wird trotzdem und vielleicht besser verdienen. Verkauft eine Buchhandlung ein Buch, das der Verleger mit 3 Mk. fest berechnet, für 6, eine zweite für 4, eine dritte für 5 Mk., so wird sich der rechnende Bücherkäufer (und welcher Bücherfreund muß wohl nicht rechnen?) den Laden aussuchen, der ihm das gleiche Buch zum billigsten Preis abläßt. Für die Differenz kann er schon ein zweites Buch oder wenigstens eine Broschüre oder Zeitschrift mitnehmen. Den größten

Umsatz (und Verdienst) wird der haben, der den niedrigsten Preis hat.

Daß dieser Weg gangbar ist, beweist der amerikanische Buchhandel, der seit Jahrzehnten auf diese Art geführt wird. Auch die deutschen Buchhändler — konservativ wie nur was — werden sich dazu „bequemem“ müssen.

Der Verleger der Zukunft wird feste Lieferungspreise für seine Bücher schaffen; ein Buch kostet soundsoviel, der Händler verkauft es, wie er mag. Den Nutzen hat der Verleger, der sich viel unnütze, weil altmodische Abrechnungsarbeit erspart, den Nutzen haben auch die Buchhändler und die Buchleser.

Und wenn sich der Buchhandel nicht entschließen kann, aus seiner Passivität herauszugehen, dann muß man nicht Prophet sein, um zu behaupten: Das Ende des deutschen Buchhandels ist nahe herbeigekommen!

Diese Darlegung findet eine Erwiderung anscheinend aus Buchhändlerkreisen. Darin heißt es:

So einfach, wie der Verfasser des unter dieser Ueberschrift erschienenen Artikels es sich macht, ist die Frage „Warum ist das Buch so teuer?“ denn doch nicht zu lösen. Nach jenem Artikel muß man annehmen, daß die Buchhändler in aller Gemütsruhe oder aus purem Eigensinn auf ihren eigenen Untergang hinarbeiten. Sie führen im Gegenteil seit langem einen schweren Kampf um ihre Existenz, wie ja übrigens nicht die Buchhändler allein, sondern wie so diese Zweige im Wirtschaftsleben, die unter der Not der augenblicklichen schlechten Wirtschaftslage zu leiden haben und oft dabei untergehen.

Trotzdem der Verfasser jenes Artikels schon in den ersten Zeilen sagt: „Der tiefere Grund, die Ursache ist nicht leicht festzustellen“, kommt er in seinen weiteren Ausführungen doch zu Behauptungen, die die Schuld an dem Niedergang des Geschäfts und an dem teuren Buch allein in dem bösen Willen des Buchhändlers sehen. Daß ein Zweimarktbuch sich leichter verkaufen läßt als ein Buch zu 5 oder 6 Mk., ist auch dem Buchhändler kein Geheimnis, und jede Vereinfachung im inneren Betrieb wird auch von ihm begrüßt und durchgeführt werden. Es mögen sich ja vielleicht auch manche Schäden herausgebildet haben, die zu beseitigen sind, die Hauptursache der Buchverteuerung aber liegt in den allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen begründet, die es weiten Kreisen nicht mehr erlauben, sich ein Buch zu kaufen. Das Buch ist, soll es preiswert sein, auf die Masse und den großen Umsatz angewiesen. Je geringer der Absatz ist, um so teurer ist das Buch. Ein Verleger, der früher ein Buch nicht unter 20 000 Exemplaren herausbrachte, stellt heute kaum mehr als 2000 Exemplare her. Und je geringer die Auflage ist, um so höher sind prozentual die Unkosten, die auf das einzelne Exemplar entfallen, und je länger ein Buch beim Händler liegen muß, ehe es verkauft wird, um so größer sind wiederum die Spesen, die dem Sortimenter erwachsen, und die wiederum das Buch verteuern. So kommt es, daß der dem Buchhandel zugestandene Aufschlag von durchschnittlich 33 Proz. angesichts der enormen Werte, die in einer wohlfortschrittlichen Buchhandlung stecken, die sich nur sehr langsam umsetzen, nicht zu hoch sind, sondern die heutigen Unkosten kaum noch decken, wie die Stilllegung mancher Betriebe beweist.

Die Mittel, die der Verfasser des Artikels zur Hebung des Umsatzes vorschlägt, sind für einen geordneten Buchhandel einfach nicht gangbar. Es würde ein heilloser Wirrwarr Platz greifen, wollte der Händler den einzelnen Kunden je nach Günst und Gnade Rabatte in verschiedener Höhe geben; es würde auf ein Feilschen hinüber und herüber hinauslaufen, das keinen Teil wirklich befriedigt, weil dann jeder glaubt, bei größerer Geschicklichkeit vielleicht noch mehr Vorteil für sich herausgeschlagen zu haben. Das wären Zustände, die wir wirklich nicht herbeiwünschen sollten.

Ein anderes ist es mit den Buchgemeinschaften. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Buch dadurch, daß es vielleicht in einer Million Exemplare hergestellt und sofort an die Mitglieder abgesetzt werden kann, billiger ist, als es ein Buch sein kann, das in einer Auflage von oft nicht einem Tausend auf die Abnehmer mehr oder weniger lange warten muß. Diese beiden Dinge miteinander zu vergleichen, ist daher unmöglich. Aber auch die Buchgemeinschaften leiden heute genau so unter der Wirtschaftskrise wie alle andern Betriebs- und Geschäftszweige, auch die Zahl ihrer Abnehmer ist sehr zurückgegangen, ein Beweis dafür, daß die Kaufkraft der großen Masse,

der Trägerin dieser Organisationen wie des Buchhandels, immer mehr zurückgeht. Gelingt es, diese zu heben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die ja große Teile der Arbeitenden mit belastet, dann wird mit der größeren Konsumtion aller übrigen Bedarfsartikel auch das gute Buch wieder den verdienstlichen Absatz finden, und mit der größeren Nachfrage und der größeren Auflage wird dann automatisch auch der Preis des Buches zurückgehen. Aber mit Mitteln, die der Verfasser jenes Artikels in Nr. 233 des „Samburger Echo“, der die ganze Frage lediglich in ihren äußerlichkeiten sieht, vorschlägt, ist nichts zu bessern.

Rationalisierung und Arbeitslosigkeit.

Rationalisierung ist das heute am meisten gebrauchte Schlagwort im Wirtschaftsleben. Mit fast hypnotischer Macht hat sich dieses Schlagwort der Gemüter bemächtigt. Wenn wir statt des Fremdwortes „Rationalisieren“ den deutschen Ausdruck „Vereinfachen“ nehmen, verschwindet das Illusionäre, das dem Fremdwort anhaftet.

Zu einer Vereinfachung ist durch den Gang der Entwicklung auch die Papierindustrie gezwungen, und zwar sowohl in organisatorischer als auch in technischer Beziehung. Organisatorisch wirkt sich diese Vereinfachung aus in der Zusammenfassung gleichartiger Betriebe, wie es in der Briefumschlag- und Tapetenfabrikation der Fall ist. Durch diese Zusammenfassung wird einmal der Konkurrenzkampf zwischen den Einzelwerten eingedämmt. Ferner werden dadurch, daß das einzelne Werk nur einen oder ein paar bestimmte Artikel zur Anfertigung erhält, die Verwaltungskosten wesentlich vermindert. Die Kalkulation, die Materialbeschaffung und die Arbeiten für den Absatz der Produktion werden dem einzelnen Betrieb zu einem großen Teil durch das Konventionsbureau abgenommen.

Hinzu kommt noch die rein technische Vereinfachung, die aus solcher Arbeitsteilung resultiert. An sich ist ja die technische Rationalisierung in der Papierindustrie keine neue Sache. Die beiden Hauptgruppen, Geschäftsbücherfabrikation und Großbuchbinderei, waren schon immer mit den neuesten Maschinen versehen. Die führenden Betriebe richteten ihr Augenmerk immer auf vorteilhafteste Betriebsweise. Die Geschäfte in der Fabrikation haben zum Beispiel die große Anzahl der Formate eingeschränkt. Die Papierfabrikation könnte allerdings noch wesentliche Vereinfachungen vornehmen, es ist zum Beispiel absolut unnötig, daß Postpapiere in Gewichten von 7 bis 30 Kilogramm hergestellt werden. Etwa zehn verschiedene Sorten genügen allen Ansprüchen.

Die vom grünen Tisch aus erfolgte Festsetzung von Einheits(Din)formaten hat wesentliche Erfolge der Praxis außer acht gelassen, so daß ihre schnelle Einführung sehr gehemmt ist. Größter Wert wird auf die Anlage des Betriebes gelegt werden müssen, so daß keiner der hergestellten Teile einen doppelten Weg macht. Wenn zum Beispiel in einer Geschäftsbücherfabrik das Papier vom Lager im Keller in die Linieranstalt im dritten Stock, von da zur Druckerei im ersten Stock und dann wieder zurück in die Linieranstalt, in der sich evtl. Falzerei und Heftmaschinen befinden, und weiter einen Stock tiefer wandert in die Buchbinderei zum Fertigstellen der betr. Artikel, dann geht durch diese ungeeignete Anlage der Abteilungen natürlich viel Zeit und Material verloren. Ein weiteres Hemmnis sind die Aufträge mit unfinnigen Ueberschriften. Diese Aufträge werden durch sämtliche Abteilungen des Betriebes gehen, werfen die besten Dispositionen über den Haufen und bilden die Ursache mancher Mißheftigkeiten mit der Belegschaft.

Ueber der so viel gepriesenen Vereinfachung der Auswahl der einzelnen Artikel darf man aber nicht vergessen, daß gerade die reichhaltige Auswahl der deutschen Verpackungs- und Papierausstattungsindustrie dieser einen Vorsprung gegenüber der nur vorwiegend Standard (Einheit) produzierenden Industrie der angrenzenden Länder verschafft hat. Wenn auch durch eine auf höchster Entwicklungsstufe stehende Fabrikationsweise mit weniger Arbeitskräften mehr produziert werden kann, dann dürfte dies nur zu einem kleineren Teil die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verurursachen. Denn noch immer hat eine unwägbare technische Erneuerung einen Massenkonsum erst möglich gemacht. Es wäre zum Beispiel der breiten Masse kaum möglich, sich irgendeine der tausenderlei Zeitschriften und Broschüren zu erwerben, ohne die Leistungen der Setz-, Rotations- und Falzmaschinen und Drehschneider. Die Linierung der Millionen von Schulheften und Schreibpapieren wäre mit den Federliniermaschinen alter Arbeitsweise unmöglich. Die Verpackungs- und Kartonnagenindustrie könnte ohne die Phantastieleistungen moderner Arbeitsmaschinen niemals die Milliarden von Kästen und Kisten aller Art und für alle nur denkbaren Verwendungszwecke herstellen. Tausende von Händen sind wieder mit der Herstellung solcher Maschinen beschäftigt.

Wir ersehen also: Technischer Fortschritt ermöglicht erst Massenkonsum, dieser wiederum drängt auf technischen Fortschritt. Stellen sich in diesem Kreislauf Störungen ein, wie die gegenwärtige Krise, dann liegt das eben an den staats- und wirtschaftspolitischen Fehlern der Gegenwart sowie an dem Fehlen einer gefundenen Menschengenossenschaft und Bevölkerungspolitik. Auf keinen Fall ist aber der technische Fortschritt, oder wenn wir ihn so nennen wollen, die Rationalisierung für diese tiefgehende Störung des wirtschaftlichen Lebens nur allein haltbar zu machen. G. . . n.

Meisterkurse der Innungsfachschule Berlin.

Am 9. Oktober beginnt ein neuer Meisterkursus. An diesem können teilnehmen: Gehilfen, die sich für die Meisterprüfung vorbereiten, und Meister, die sich in der vorgeschrittenen Technik unseres Handwerks weiterbilden wollen.

Der Kursus umfasst 80 Unterrichtsstunden; er wird in 20 aufeinanderfolgenden Sonabendnachmittagen von 2 bis 7 Uhr abgehalten. Durch diese Zeiteinteilung ist jedem in Arbeit stehenden Angehörigen unseres Faches Gelegenheit gegeben, diese Kurse ohne Arbeitsverlust zu besuchen. Gute Vorkenntnisse sind für jeden Teilnehmer Bedingung.

Den Unterricht in den einzelnen Fächern erteilen:

1. Der gute Handeinband (Ganzleder-, Halbfranz- und Pergamentband) sowie Handvergoldben: Herr Lehrer Werlach.

2. Kontobucheinband und Marmorieren: Herr Lehrer Trepplin.

3. Preßvergoldben: Herr Lehrer Georg Ed.

Auf Wunsch der Teilnehmer können einzelne Unterrichtsfächer noch erweitert werden. Das Schulgeld beträgt für diesen Kursus mit 80 Stunden 40 Mk. Anmeldungen sind möglichst umgehend an den Unterzeichneten zu richten, da nur eine bestimmte Anzahl Teilnehmer aufgenommen werden kann.

Die Kurse finden statt in der Innungsfachschule, Berlin SO. 33, Schleifische Straße 4.

H. G e h r e, Obermeister, Berlin D 27, Paul-Singer-Str. 109.

Berichte.

Bezirksversammlung in Langensalza. Am 29. August fand in Langensalza unsere Bezirksversammlung statt. Vertreten waren die Zahlstellen Eisenach, Erfurt, Gotha, Langensalza, Nordhausen, Tennstedt und Bad Salzungen mit ungefähr 200 Mitgliedern. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßten uns die freien Sänger von Langensalza mit dem Liede „Empor zum Licht“. Der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB, Genosse Zopf, begrüßte die Versammlung im Namen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Langensalzgas und wünschte der Tagung guten Erfolg.

Die Tagesordnung wurde wie folgt bestätigt: 1. Wirtschaftsdemokratie und Rationalisierung. Ref. Wachner. 2. Berichte aus den Orten. 3. Verschiedenes.

Wachner hielt einen einständigen, gut verständlichen Vortrag und betonte, wie wichtig es in der heutigen Zeit sei, die Mitglieder geistig mehr zu vertiefen, wenn wir zur Wirtschaftsdemokratie gelangen wollen. Nachdem noch einige Kollegen zu diesem Vortrag Stellung nahmen, wurde der zweite Punkt der Tagesordnung behandelt. Schließl. der Vorsitzender dieser Versammlung war, gab den Bericht von Langensalza. Organisiert sind 26 Gehilfen, 45 Arbeiterinnen und 8 Lehrlinge, insgesamt 79 Mitglieder. Unorganisiert 5 Mädchen. Die Beschäftigung ist gut, da überall voll gearbeitet wird. Die Organisation in Eisenach ist nicht so gut. Sind doch von 14 Gehilfen und 20 bis 30 Mädchen nur 8 männliche und 8 weibliche Personen Mitglieder unseres Verbandes. Der Beschäftigungsgrad ist schlecht. Erfurt hat 98 Mitglieder, 72 sind nicht organisiert, und zwar in den Kartonnagenbetrieben. Arbeitslose hat Erfurt 7 männliche und 7 weibliche Mitglieder. In Gotha haben wir 78 Mitglieder, 39 Gehilfen und 39 Arbeiterinnen. Geradezu trübsal sieht es hier in den Kartonnagenbetrieben aus. Sind doch von 115 Beschäftigten nur 6 organisiert. Gotha ist zurzeit auch schlecht beschäftigt. In Nordhausen stehen 72 Mitglieder ungefähr 50 Unorganisierten gegenüber. Hier sind es auch in der Hauptsache die Mädchen, die sich von dem Nutzen des Verbandes nicht überzeugen lassen. Arbeitslos sind 1 Gehilfe und 12 Mädchen. Tennstedt beschäftigt 4 Buchbinder und 30 Mädchen, davon sind nur die Gehilfen organisiert. Der Beschäftigungsgrad ist ein guter zu nennen, der Tarif wird in allen Fällen bezahlt. In Salzungen sind von 3 Beschäftigten 2 Mitglieder unseres Verbandes. Von Mühlhausen und Frankehausen waren die Mitglieder nicht erschienen, in Ergänzung dessen gab Wachner einen kurzen Bericht. Er erklärte, weshalb die Zahlstelle

Mühlhausen aufgelöst werden mußte. Ueber Frankehausen sagt er, daß wir dort 4 Mitglieder haben, weil aber ein älteres männliches Mitglied nicht vorhanden ist, deshalb werden die Kolleginnen die Bezirksversammlung nicht besucht haben.

Wachner ermahnt die Mitglieder zum Schluß, alles daran zu setzen, um die Fernstehenden uns zuzuführen, in der Werbetätigkeit nicht zu ermüden, denn die zahlenmäßige Stärke gibt oft den Ausschlag. Warme Worte richtete er an die männliche Jugend und an die weiblichen Mitglieder, ihr Interesse und ihre Kraft dem Verbands zu weihen.

Eine Sammlung für die englischen Bergarbeiter ergab den ansehnlichen Betrag von 33 Mk.

Nach einem halbstündigen Rundgang durch die mittelalterliche Stadt mit ihren Mauern und Türmen und die historische Umgebung, begann um 3 Uhr der unterhaltende Teil bei Musik und Tanz. Da gab es ein lebhaftes Treiben. Kollegen, die sich jahrelang nicht gesehen und früher miteinander gearbeitet haben, tauschten ihre Erinnerungen aus. Die angenehmen Stunden, die allen beste Unterhaltung brachte, flogen nur so dahin. Als dann kurz nach 6 Uhr die 36 Mitglieder von Nordhausen in ihrem großen Gesellschaftsauto die Rückfahrt antraten, da gab es ein Händedrückchen und Winken, und mit dem Wunsch, recht bald wieder in einer Bezirksversammlung zusammenzukommen, wurde Abschied genommen. Um 7 Uhr wurde auch der unterhaltende Teil beendet und man brach auf zum Bahnhof, begleitet von einem großen Teil Langensalzger Kollegen und Kolleginnen, die alle befriedigt von dem Verlauf der Bezirksversammlung, mit dem Wunsch auf „Wiedersehen“ bei der nächsten geschieden sind.

Inhaltsverzeichnis.

- Schnelle Hilfe für die englischen Bergarbeiter ist notwendig!
- Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik.
- Entschleunigung zu unseren Reichstagsverträgen: Reichstari für die Zigarettenindustrie.
- Der Stand der gegenwärtigen Wirtschaftskrise.
- Opferbereite Mitarbeit.
- Der „faule“ Arbeiter.
- Wer schafft dir geänderte Arbeitsbedingungen? Ein Rechtsgelehrter für die Tariffähigkeit der „Berlebschaften“.
- Rationalisierung ohne Preisfenkung ist Konsumentenmord.
- Bilder von der Leipziger Herbstmesse.
- Maschinelles Cadieren von Druckerzeugnissen mit Spirituslad. 1.
- Für unsere Kolleginnen: Großstadterde (Gedicht). — Die Bedeutung des Lichtstundentags für die Arbeiterinnen. — Kolleginnen, wacht auf! — Veränderungen in der Mutterchaftshilfe. — Die Fabrik als Harem. — Ein Gespräch nach Feierabend. — Natur (Gedicht).
- Das Ende des deutschen Buchhandels.
- Rationalisierung und Arbeitslosigkeit.
- Meisterkurse der Innungsfachschule Berlin.
- Berichte: Bezirksversammlung im Langensalza. Sterbetafel.
- Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Jahresbericht für 1925. — Arbeitslosenstatistik. — Lokalbeiträge. — Aufgelöste Zahlstelle (Mainichen). — Warnung (Menge-Zahn). — Abrechnungen. — Adressenänderungen.

Sterbetafel.

- Im Monat August sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:
- Berlin:** Ella Kuhnert, Kartonnagenarbeiterin, 40 Jahre, Verblutung.
 - Karl Vange, Buchbinder, 72 Jahre, Selbstmord.
 - Wilhelm Grap, Buchbinder, 53 Jahre, Lungentrebs.
 - Selma Förster, Buchbindereiarbeiterin, 42 Jahre, Herzleiden.
 - Johann Rowinsky, Buchbinder, 72 Jahre, Arterienverkalkung.
 - Werner Freyer, Buchbinder, 36 Jahre, Gasvergiftung.
 - Margarete Thormann, Buchbindereiarbeiterin, 31 Jahre, Herzschwäche.
 - Paul Schelling, Buchbinder, 30 Jahre, Lungentrebs.
 - Kurt Jung, Buchbinder, 23 Jahre, Operation.
 - Bielefeld:** Auguste Wortmann, Papierwarenarbeiterin, 43 Jahre, Operation.
 - Breslau:** Martha Tschoepe, Kartonnagenarbeiterin, 17 Jahre, Gehirnentzündung.
 - Brieg:** Paul Leichmann, Buchbindereiarbeiter, Blutvergiftung.
 - Gau Hansa:** Wilhelm Wildt, Buchbinderehrting, 16 Jahre, Unfallsfall.
 - Martha Fieß, Buchbindereiarbeiterin, 27 Jahre, Lungentrebs.
 - Hamburg-Altona:** Agnes Gerds, Papierwarenarbeiterin, 33 Jahre.
 - Christian Andersen, Buchbinder, 74 Jahre, Altersschwäche.
 - Hannover:** Heinrich Wehrens, Buchbinder, 25 Jahre, Tuberkulose.
 - Josef Marokty, Buchbinder, 35 Jahre, Tuberkulose.
 - Pforzheim:** Kurt Langner, Buchbinder, 25 Jahre, Freitod.
 - Torgau:** Alfred Föst, Buchbinder, 30 Jahre, Lungentrebs.
 - Wittenberg:** Martha Steinkopf, Buchbindereiarbeiterin, 26 Jahre, Lungentuberkulose.
- Allen ein ehrendes Andenken!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Jahresbericht für 1925. Der Bericht des Verbandsvorstandes über das Jahr 1925 ist erschienen und allen Gau- und Ortsverwaltungen in angemessener Anzahl zugestellt worden. Wenn die Sendung bis zum 6. September irgendwo nicht eingegangen sein sollte, bitten wir um entsprechende Nachricht.

Nachlieferungen können auf Wunsch in beschränkter Anzahl erfolgen.

2. Karten zur Arbeitslosenstatistik fehlen noch von einigen Zahlstellen. Ebenso Berichtskarten über den Geschäftsgang in den Betrieben. Wir bitten dringend um postwendende Einsendung, denn verspätet eingehende Karten können leider nicht mehr verarbeitet werden.

3. Die Lokalbeiträge sind in nachstehend angegebenen Zahlstellen neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr in:

Wetragstasse	I	II	III	IV
	5	15	15	20
Kiel	5	15	15	20
Oldenburg	5	10	10	20

4. Aufgelöste Zahlstelle. Die Zahlstelle Mainichen im Gau Sachsen mußte aufgelöst werden, weil nach dem Eingehen eines größeren Betriebes die Mitgliederzahl soweit zurückging, daß eine eigene Zahlstelle nicht mehr haltbar war.

Die noch verbliebenen Mitglieder werden vom Gauvorstand als Einzelmitglieder weiter geführt.

5. Der Kollege Paul Menge, der sich zeitweilig auch Richard Zahn nennt, hat in thüringischen Zahlstellen Unterfertigungen zu erlangen versucht unter den Angaben, daß ihm in Nürnberg seine Papiere gestohlen seien.

Wir empfehlen den Zahlstellenkassierern, Vorsicht obwalten zu lassen, wenn Menge bei ihnen vorprichit.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 31. August bei der Verbandskasse ein von:

- Trier 196,52 Mk., = Eberstadt 195,— Mk.,
- Gießen-Wehlar 352,67 Mk., = Koburg —, Mk.,
- = Hainichen —, Mk., Zittau 101,85 Mk., Zwickau —, Mk.

Nach nicht eingegangen sind die Abrechnungen der Zahlstellen in: Stolp, Cleve und Crimmitschau.

Adressenänderungen.

- B. = Besoldmächstiger. K. = Kassierer.
- Oldenburg. B.: W. Doelle, Uferstr. 25.
- K.: H. Neumann, Kloppenburger Str. 71. Auszahlung: 6-7 Uhr.

Der Verbandsvorstand.